

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Entwicklung der Versorgungsausgaben Bericht über Stand und Ergebnisse des Instruments zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg

Gliederung

- | | |
|---|--|
| <p>A.
Bericht</p> <ul style="list-style-type: none">1. Zusammenfassung der Prognoseergebnisse2. Datengrundlage3. Neuerungen<ul style="list-style-type: none">3.1 Auswirkungen der stufenweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf die Empfängerzahlen und das Ausgabenvolumen3.2 Zuordnung der anteiligen Versorgungsausgaben und der Empfänger der § 26 LHO-Betriebe zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Betrieb nach dem Anteil der Zugehörigkeit3.3 Einbeziehung der Waisen4. Prognoseergebnisse im Einzelnen<ul style="list-style-type: none">4.1 Gesamtentwicklung<ul style="list-style-type: none">4.1.1 Entwicklung der Empfängerzahlen4.1.2 Entwicklung der Ausgaben4.1.3 Anpassungsverschiebungen auf die Jahre 2011 und 20124.2 Entwicklung im Beamtenversorgungsbereich4.3 Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer4.4 Anpassungsverschiebungen auf die Jahre 2012 und 2013 | <ul style="list-style-type: none">5. Vergleich Prognose Stufe 5/2008 – Stufe 20106. Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen7. Versorgungsausgaben außerhalb des Kernhaushaltes<ul style="list-style-type: none">7.1 Landesbetriebe nach § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO)7.2 Rechtlich verselbständigte Einrichtungen8. Bewertung der Prognoseergebnisse<ul style="list-style-type: none">8.1 Lineare Anpassungen8.2 Auswirkungen der Anhebung der Altersgrenzen8.3 Haushalts-Ist9. Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben<ul style="list-style-type: none">9.1 Versorgungsrücklage nach § 18 HmbBesG9.2 Zusätzlicher Versorgungsfonds9.3 Sondervermögen Zusatzversorgung |
|---|--|
- B.**
Schlussbetrachtung
- C.**
Petition

A. Bericht

Senat und Bürgerschaft haben sich in den letzten Jahren regelmäßig mit der Entwicklung der Versorgungsausgaben befasst. Ziel der Befassung mit der Problematik war es, einerseits Erkenntnisse über die Ausgabenentwicklung für den Hamburger Haushalt zu gewinnen, andererseits Möglichkeiten zu finden, den Ausgabenanstieg zu dämpfen. Um künftig die Ausgabenentwicklung möglichst frühzeitig einschätzen zu können, hatte sich der Senat bereits 1999 für die Entwicklung eines Instrumentes entschieden, mit dem im Hinblick auf die demografische Entwicklung die Zahl der Versorgungsberechtigten und die aufzuwendenden Versorgungsausgaben prognostiziert sowie alternative Szenarien simuliert werden können. Prof. Dr. Dietmar Pfeifer, Universität Oldenburg, Fachbereich Mathematik, hatte sich seinerzeit bereit erklärt, dieses Instrument im Rahmen eines Forschungsvorhabens zu einem EDV-orientierten Prognosesystem zu entwickeln. Erstmals im Januar 2001 hatte das Personalamt mit der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg eine bis zum 28. Februar 2006 befristete Forschungsvereinbarung auf dem Gebiet der „Prognose und Simulation zukünftiger Versorgungsausgaben im Öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg“ abgeschlossen. Zur Fortführung der Berichterstattung über die Entwicklung der Versorgungsausgaben war es erforderlich, dass der zum 28. Februar 2006 ausgelaufene Vertrag mit der Universität Oldenburg (Forschungsprojekt Prof. Dr. Pfeifer) erneuert wurde. Im Hinblick auf den gestiegenen Arbeitsaufwand und einen erweiterten Leistungsumfang (Modellrechnungen für künftige landesspezifische Rechtssetzungsverfahren auf Grund der Föderalismusreform 1) wurde für die Dauer von 3 Jahren (1. April 2007 bis 31. März 2010) ein Drittmittelprojekt finanziert.

Auf dieser Grundlage entwickelte Prof. Dr. Pfeifer unter Berücksichtigung der Rechtsentwicklung ein PC-gestütztes Modulsystem, welches dem Personalamt zwischenzeitlich übergeben wurde. Mit diesem Modulsystem steht der gesamte Arbeitsablauf zur Prognose, d. h. Datenaufbereitung, Parameterkonfiguration und Berechnungen nunmehr auf einer einheitlichen Bedieneroberfläche zur Verfügung, sodass die Berechnungen und Auswertungen künftig vom Personalamt eigenständig durchgeführt werden können. Das Zentrum für Personaldienste stellt hierzu die jeweils notwendigen Daten über den Personalbestand der Freien und Hansestadt Hamburg zur Verfügung. Die diesjährigen Prognoseberechnungen sind noch von Prof. Dr. Pfeifer durchgeführt worden. Da die Bezeichnung dieser und künftiger Prognosen nur noch nach Jahren ausgerichtet ist, wird die diesjährige Prognose als „Stufe 2010“ bezeichnet.

Eine jährliche Berichterstattung gegenüber der Bürgerschaft über die Entwicklung der Versorgungsausgaben wurde bereits im Jahr 2004 im Haushaltsausschuss der Bürgerschaft zur Diskussion gestellt. Im Ergebnis wurde festgehalten, dass grundsätzlich eine Berichterstattung alle zwei Jahre – auch mit Blick auf die Doppelhaushalte – durchaus denkbar ist. Zuletzt wurde die Bürgerschaft im Jahr 2008 mit der Drucksache 19/1228 zum Haushalt 2009/2010 unterrichtet. Vor diesem Hintergrund erfolgt die aktuelle Berichterstattung zu den Haushaltsberatungen für die Jahre 2011/2012.

Grundlage der diesjährigen Stufe 2010 ist die Stufe 5/2008 des Prognoseinstrumentes aus dem Jahr 2008. Neben der jährlichen Aktualisierung des Datenbestandes zum Stichtag 1. Dezember sind die mit Tarifabschluss vom 1. März 2009 vereinbarte Tarifanpassung in Höhe von zunächst jeweils 40 Euro für alle Tabellenentgelte und einer anschließenden Erhöhung

um 3,0 v. H. sowie die Anpassung um 1,2 v. H. zum 1. März 2010 und die mit dem Hamburgischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 vom 16. Juni 2009 beschlossenen linearen Anpassungen für den Besoldungs- und Versorgungsbereich in entsprechender Höhe in die Strukturentwicklungen der Prognose eingeflossen. Mit der diesjährigen Prognose werden erstmalig die Auswirkungen der Anhebung der gesetzlichen Altersgrenzen – insbesondere die sukzessive Anhebung der Regelaltersgrenze – auf Grund des am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Hamburgischen Beamtengesetzes, des am 1. Februar 2010 in Kraft getretenen Hamburgischen Beamtenversorgungsgesetzes (HmbBeamVG) und der stufenweisen Anhebung der Regelaltersgrenze für den Tarifbereich auf das vollendete 67. Lebensjahr auf Grund des am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Gesetzes zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RVAltGrAnpG) vom 20. April 2007 sowie die zeitanteilige Berücksichtigung der Versorgungsausgaben für die Berechtigten der Betriebe nach § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO) für auf den Kernhaushalt entfallende Dienstzeiten (sog. m/n-telung) auf die zukünftigen Versorgungsausgaben beschrieben. Darüber hinaus werden die Versorgungsausgaben für die Waisen nicht mehr pauschal, sondern einzelfallbezogen berücksichtigt. Die vom Senat geplante – und in der Veranschlagung des Haushaltsplan-Entwurfs des Doppelhaushaltes 2011/2012 bereits berücksichtigte – Kürzung bzw. Streichung des sog. Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ist in der vorliegenden Prognose noch nicht berücksichtigt.

Die Strukturentwicklung bildet in der vorliegenden Prognose die Entwicklung ab dem Jahr 2010 ohne jede weitere lineare Anpassung ab und ermöglicht die Betrachtung von strukturellen Effekten. Die Betrachtung der Strukturentwicklung ist insbesondere deswegen wichtig, weil lineare Anpassungen immer im Licht der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung betrachtet werden müssen, deren Parameter – Bruttoinlandsprodukt oder Entwicklung der öffentlichen Haushalte – aber nur mit sehr großen Unsicherheiten über einen längeren Zeitraum vorher zu berechnen wären.

Die schrittweise Verringerung des Höchstruhegehaltssatzes von 75 v. H. auf 71,75 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 vom 20. Dezember 2001 (VersÄndG 2001, BGBl. I S. 3926) wird auch nach der Föderalismusreform 1 fortgeführt. Mit der linearen Anpassung zum 1. März 2010 erfolgte die 6. Stufe der Absenkung des Ruhegehaltssatzes nach dem VersÄndG 2001. Der Höchstruhegehaltssatz liegt nunmehr seit März 2010 rechnerisch bei 72,56 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

Um die Ausgabenentwicklung möglichst frühzeitig einschätzen zu können und einen Einblick darüber zu bekommen, wie sich die Versorgungsausgaben einerseits bei linearen Anpassungen und andererseits bei zeitlicher Verschiebung dieser Anpassungen entwickeln werden und welche Ausgabenbandbreiten sich dadurch ergeben, sind in der Prognoseberechnung weitere, fiktive Bezügeanpassungen in Form jährlicher linearer Erhöhungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H., beginnend mit dem Jahr 2011, angenommen worden. Es werden Verläufe aufgezeigt, in denen fiktive, jährliche lineare Anpassungen für den Beamten- und Tarifbereich einerseits ab dem Jahr 2011 vorgesehen sind und andererseits die nächsten Anpassungen auf die Jahre 2012 und 2013 hinausgeschoben werden.

In der nachfolgenden Darstellung der Ergebnisse der Prognoseberechnungen werden sowohl die Gesamtentwicklung als auch die Teilbereiche Beamtenversorgung und Zusatzver-

sorgung dargestellt; des Weiteren werden die Werte im Prognoseausgangsjahr 2010, im Prognosemittelpunktjahr 2020, im Prognoseendjahr 2029 sowie in den Jahren, in denen sich ein Höchststand in den jeweiligen Bereichen ergibt, aufgezeigt und durch Fettdruck hervorgehoben; auf Grund der Angabe des Höchststandes im jeweiligen Bereich ergeben sich zwangsläufig unterschiedliche Jahresangaben. Die Ausgaben im Text und in den Tabellen werden in Mio. Euro wiedergegeben.

In den Tabellen werden die Zahlen der erwarteten Berechtigten und die Ausgabenbeträge nicht durch Addition, bzw. die Differenzen nicht durch Subtraktion ermittelt. Jeder Bereich (Beamtenversorgung, Zusatzversorgung, Gesamtbereich) wird für sich berechnet, sodass Rundungsdifferenzen im Vergleich zum bloßen Additions- bzw. Subtraktionswert auftreten können. In den Grafiken sind unterschiedliche Skalierungen verwendet worden, um den Verlauf der einzelnen Darstellungen deutlich zu machen.

Im Hinblick auf die Veranschlagung des Doppelhaushaltes 2011/2012 und der Finanzplanung 2010–2014 werden für diese Jahre die Werte durchgängig dargestellt.

1. Zusammenfassung der Prognoseergebnisse

Die Ergebnisse der Stufe 2010 der „Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im Öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg“ bestätigen einen Trend, den bereits die Prognosen der vergangenen Jahre aufgezeigt hatten:

- Im Prognosezeitraum ist nach wie vor mit einer Zunahme der Gesamtversorgungsausgaben zu rechnen,
- die Ausgabenentwicklung wird weiterhin überwiegend durch die Beamtenversorgung geprägt,
- die Ausgabenentwicklung im Beamtenbereich wird nach wie vor neben der demografischen Entwicklung maßgeblich durch die Einstellungen der Jahre zwischen 1960 und 1980, insbesondere im Bildungs- und Sicherheitsbereich bestimmt,
- Ausgliederungen führen zu einer haushaltssystematischen Absenkung der Ausgaben im Kernhaushalt.

Die Ergebnisse der Prognose zeigen einen durchgängigen Ausgabenanstieg bis zum Jahr 2021 auf höherem Niveau als nach der vorangegangenen Prognose. Ein Grund hierfür sind die Ausgliederungen, die sich in den vorhergehenden Prognosen als Entlastung des Kernhaushaltes bemerkbar gemacht hatten. In den bisherigen Berichterstattungen über die Entwicklung der Versorgungsausgaben sind die Versorgungsausgaben des Kernhaushalts und der § 15 LHO-Betriebe aufgeführt worden. Die auf den Kernhaushalt anteilig entfallenden Versorgungsausgaben der § 26 LHO-Betriebe sowie entsprechende Anteile der ausgliederten, rechtlich selbstständigen Einrichtungen waren nicht aufgenommen worden; in der diesjährigen Prognose werden die Anteile der § 26 LHO-Betriebe erstmalig berücksichtigt (vgl. Erläuterung in Ziffer 3.). Dies führt im Vergleich mit der Prognose 5/2008 (Drucksache 19/1228) trotz erstmaliger Berücksichtigung der ab 2012 beginnenden stufenweisen Anhebung der Altersgrenzen, die sich gegenläufig auswirkt, zu einem Anstieg der Empfängerzahlen und der Versorgungsausgaben im Kernhaushalt.

Auf Grund der heute von Herrn Prof. Dr. Pfeifer nicht einschätzbaren zukünftigen Entwicklungen gesellschaftlicher, demografischer oder medizinischer Art soll ein Prognosezeitraum von maximal 20 Jahren für die Planung und Durchführung politischer Maßnahmen nicht überschrit-

ten werden. Die vorliegende Prognose erfasst daher den Zeitraum von 2010 bis 2029.

2. Datengrundlage

Wie in den Vorjahren wird die diesjährige auf versicherungsmathematischen Prinzipien beruhende Prognose auf der Basis von personenbezogenen, anonymisierten Daten der aktiven und passiven Angehörigen des öffentlichen Dienstes der Freien und Hansestadt Hamburg bzw. deren Hinterbliebenen, deren Versorgungsbezüge zulasten des Kernhaushalts verbucht werden, erstellt.

Nicht in die Prognose einbezogen sind die Verpflichtungen rechtlich selbstständiger Einrichtungen, für die Hamburg als Gewährträger kraft Gesetzes (Körperschaften und Anstalten öffentlichen Rechts) oder durch Bürgerschaft haftet. Für diese Fälle werden im kaufmännischen Jahresabschluss 2009 der Freien und Hansestadt Hamburg Verbindlichkeiten für Versorgungslasten in Höhe von 138,5 Mio. Euro passiviert. Aus sonstigen Regelungen (u.a. für privatrechtliche Organisationen) ergeben sich weitere Schuldposten von 176,3 Mio. Euro. Hinzu kommen 632,9 Mio. Euro Pensionsrückstellungen für §§ 15 Absatz 2¹⁾ und 26 Absatz 1 LHO-Betriebe, die für die auf sie entfallenden Anteile der Versorgungsausgaben gebildet wurden, sowie 180,2 Mio. Euro Verbindlichkeiten, die über Gewährleistungszusagen der Stadt abgesichert sind.

Für den Bereich der § 26 LHO-Betriebe ist eine Prognose über die Entwicklung der Empfängerzahlen und die zu erwartenden Versorgungsausgaben gesondert dargestellt (siehe Ziffer 7.1). Für die rechtlich selbstständigen Einrichtungen fand eine Abfrage statt, welche Zahlungen zu Lasten der Freien und Hansestadt Hamburg in 2009 erfolgt sind und welche Zahlungen bis zum Jahr 2014 zu erwarten sind (siehe Ziffer 7.2).

In die Prognose sind grundsätzlich alle aktiv Beschäftigten und alle Versorgungsberechtigten einbezogen, die für Dezember 2009 Bezüge von der Freien und Hansestadt Hamburg einschließlich der § 26 LHO-Betriebe erhalten haben. Ferner wurden erstmalig auch die Waisen aufgenommen. Erfasst werden ausschließlich die Versorgungsausgaben. Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, Versorgungsausgleiche an Sozialversicherungsträger und Zuführungen an Versorgungsrücklagen sind nicht enthalten.

Für die Prognose der Versorgungsausgaben hat Prof. Dr. Pfeifer die Strukturentwicklung berechnet, also die Entwicklung ohne lineare Anpassungen, da sie die Betrachtung von Effekten ermöglicht; die sonst durch lineare Anpassungen verdeckt werden; daneben hat er fiktive lineare Anpassungen abgebildet (Szenarien mit 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. ab 2011 sowie mit einer Verschiebung der jährlichen linearen Anpassungen ab 2011 und ab 2012), deren Aussagewert allerdings insofern begrenzt ist, als diese linearen Anpassungen von der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung abhängig sind. Demgegenüber zeigt die Strukturentwicklung die strukturell bedingten

¹⁾ Betrifft nur Kasse.Hamburg und das Institut für Hygiene und Umwelt als Einrichtung nach § 15 Absatz 2 LHO mit kaufmännischer Buchführung; die Daten dieser beiden Einrichtungen sind – wie die aller anderen § 15 Absatz 2 LHO-Betriebe auch – in der Prognose von Prof. Dr. Pfeifer enthalten.

Ausgaben auf, die unabhängig von linearen Anpassungen entstehen.

Stichtag für die Datenerhebung ist der 1. Dezember 2009, sodass strukturelle Bestandsveränderungen im Vergleich zur Datenerfassung für die Prognose 2008 (Stichtag 1. Dezember 2007) in die nun vorliegende Prognose Stufe 2010 eingeflossen sind.

3. Neuerungen

Im Zuge der Föderalismusreform 1 wurden im Bereich des öffentlichen Dienstrechts bestehende Gesetzgebungskompetenzen des Bundes auf die Länder übertragen, wodurch sich für die Länder die Befugnis ergibt, eigenständige Regelwerke für das Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht zu schaffen. Hamburg hat diese Befugnis mit dem Gesetz zur Neuregelung des Besol-

dungs- und Beamtenversorgungsrechts im Rahmen einer Dienstrechtsreform umgesetzt (Drucksache 19/4246, Hamburger Gesetz- und Verordnungsblatt (HmbGVBl.) 2010, Seite 23). Sowohl das am 1. Januar 2010 in Kraft getretene Hamburgische Beamtengesetz (Drucksache 19/3757, HmbGVBl. 2009, Seite 405) als auch das am 1. Februar 2010 in Kraft getretene Hamburgische Beamtenversorgungsgesetz beinhalten zahlreiche Neuregelungen, von denen die bedeutsamste – vor dem Hintergrund einer wirkungsgleichen und systemgerechten Umsetzung von Maßnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung – die auf die Prognose wirkende Einführung der stufenweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf die Vollendung des 67. Lebensjahres – beginnend ab dem Jahr 2012 – ist. Zur Verdeutlichung ist nachfolgend die aus dem Hamburgischen Beamtengesetz geltende Regelung abgebildet:

Übersicht, entnommen aus § 35 Hamburgisches Beamtengesetz:

Geburtsjahr	Anhebung um Monate	Altersgrenze	
		Jahr	Monat
1947	1	65	1
1948	2	65	2
1949	3	65	3
1950	4	65	4
1951	5	65	5
1952	6	65	6
1953	7	65	7
1954	8	65	8
1955	9	65	9
1956	10	65	10
1957	11	65	11
1958	12	66	0
1959	14	66	2
1960	16	66	4
1961	18	66	6
1962	20	66	8
1963	22	66	10

Von Bedeutung hierbei ist, dass die sogenannte Antragsaltersgrenze weiterhin mit der Vollendung des 63. Lebensjahres erreicht wird und die Neuregelung der Versorgungsabschlüsse zu einem maximalen Abschlag von 14,4 v.H. (zuvor 7,2 v.H.) ab dem Jahr 2027 führen kann.

Im Folgenden werden die auf die Prognose wirkenden Veränderungen beschrieben.

3.1 Auswirkungen der stufenweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf die Empfängerzahlen und das Ausgabenvolumen

In der folgenden Tabelle 1 werden die erwachsenden Differenzen der Empfängerzahlen, die sich auf Grund der Anhebung der Altersgrenze ergeben, aufgezeigt:

Tabelle 1: Gesamtempfänger bei Altersgrenze 65. bzw. 67. Lebensjahr

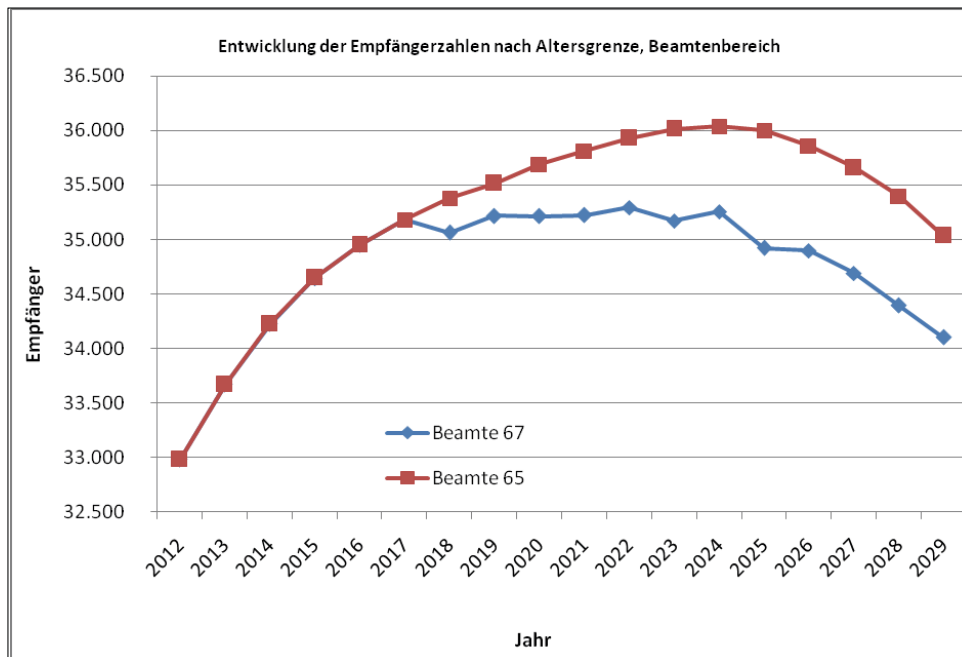
Altersgrenze	65	67	Differenz	65	67	Differenz
Jahr	Beamte			Tarif		
2009	30.682	30.682	-	28.201	28.201	-
2010	31.214	31.214	-	28.264	28.263	- 1
2011	32.112	32.111	- 1	28.544	28.543	- 1
2012	32.981	32.978	- 3	28.734	28.733	- 1
2013	33.670	33.667	- 3	28.827	28.825	- 2
2014	34.226	34.224	- 2	28.826	28.824	- 2
2015	34.646	34.644	- 2	28.788	28.786	- 2
2016	34.951	34.950	- 1	28.690	28.687	- 3
2017	35.182	35.181	- 1	28.537	28.535	- 2
2018	35.380	35.064	- 316	28.354	28.330	- 24
2019	35.516	35.216	- 300	28.145	28.107	- 38
2020	35.690	35.213	- 477	27.917	27.754	- 163
2021	35.811	35.223	- 588	27.653	27.368	- 285
2022	35.931	35.292	- 639	27.376	27.024	- 352
2023	36.013	35.170	- 843	27.069	26.491	- 578
2024	36.038	35.256	- 782	26.725	26.193	- 532
2025	35.999	34.922	- 1.077	26.353	25.842	- 511
2026	35.860	34.899	- 961	25.950	25.468	- 482
2027	35.659	34.692	- 967	25.492	24.970	- 522
2028	35.398	34.392	- 1.006	24.987	24.439	- 548
2029	35.035	34.102	- 933	24.446	23.913	- 533

Die vorstehende Tabelle 1 zeigt einen spürbaren Rückgang bei den Empfängerzahlen erst ab dem Jahr 2018, obgleich die sukzessive Umsetzung der Anhebung der Altersgrenzen bereits im Jahr 2012 beginnt. Dies ist darin begründet, dass sich eine monatsbezogene Anhebung der Altersgrenzen programmtechnisch nicht abbilden lässt. Beispielsweise wird für eine maßgebliche Altersgrenze von 65 Jahren und 6 Monaten – d.h. bis zum Jahr 2017 – auf volle 65 Jahre abgerundet, für eine maßgebliche Alters-

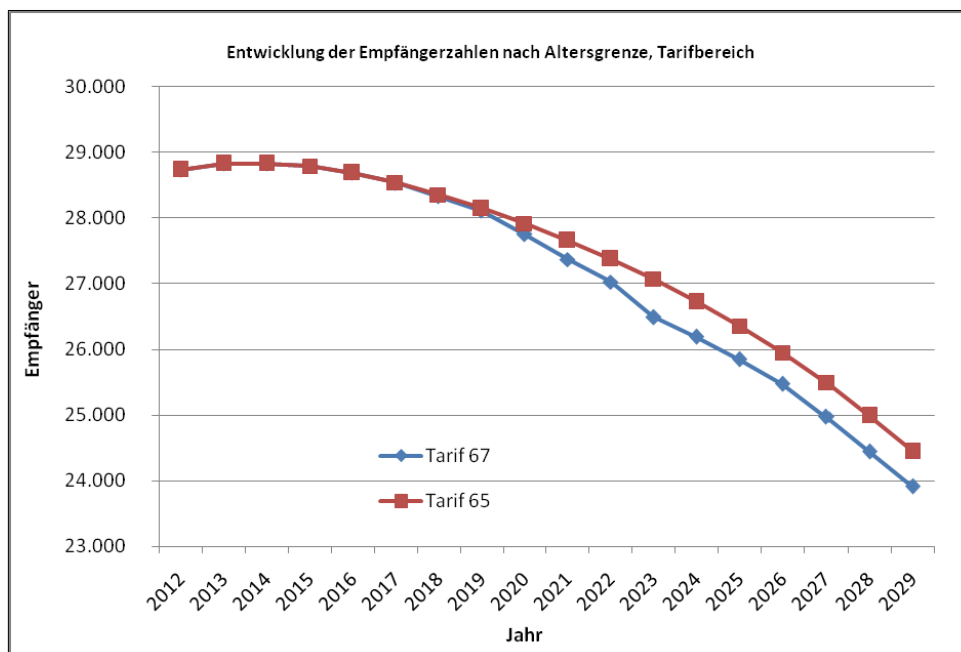
grenze von 65 Jahren und 7 Monaten – d.h. ab dem Jahr 2018 – auf volle 66 Jahre aufgerundet. Bezüglich der Ausgaben ist dagegen eine entsprechende Zuordnung im maßgeblichen Jahr erfolgt.

Die unterschiedliche Entwicklung bei den Empfängerzahlen ist in den folgenden Grafiken zunächst für den Beamten- und anschließend für den Tarifbereich dargestellt:

Grafik 1: Entwicklung der Empfängerzahlen nach Altersgrenze, Beamtenbereich



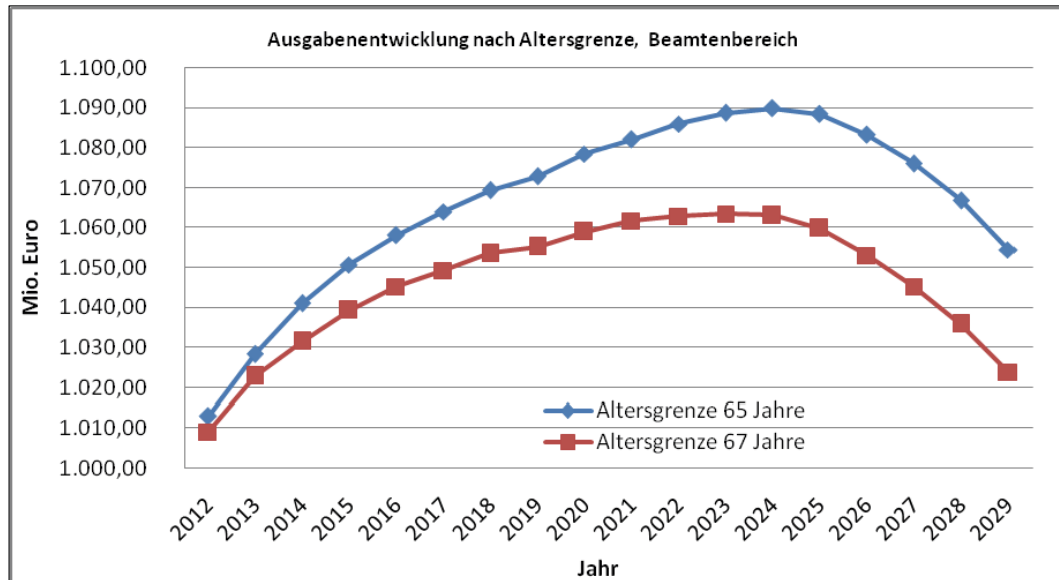
Grafik 2: Entwicklung der Empfängerzahlen nach Altersgrenze, Tarifbereich



In der nachfolgenden Grafik wird der Ausgabenverlauf für die bisher geltende Altersgrenze und der ab 2012 sukzes-

sive auf das 67. Lebensjahr ansteigenden gesetzlichen Altersgrenze dargestellt:

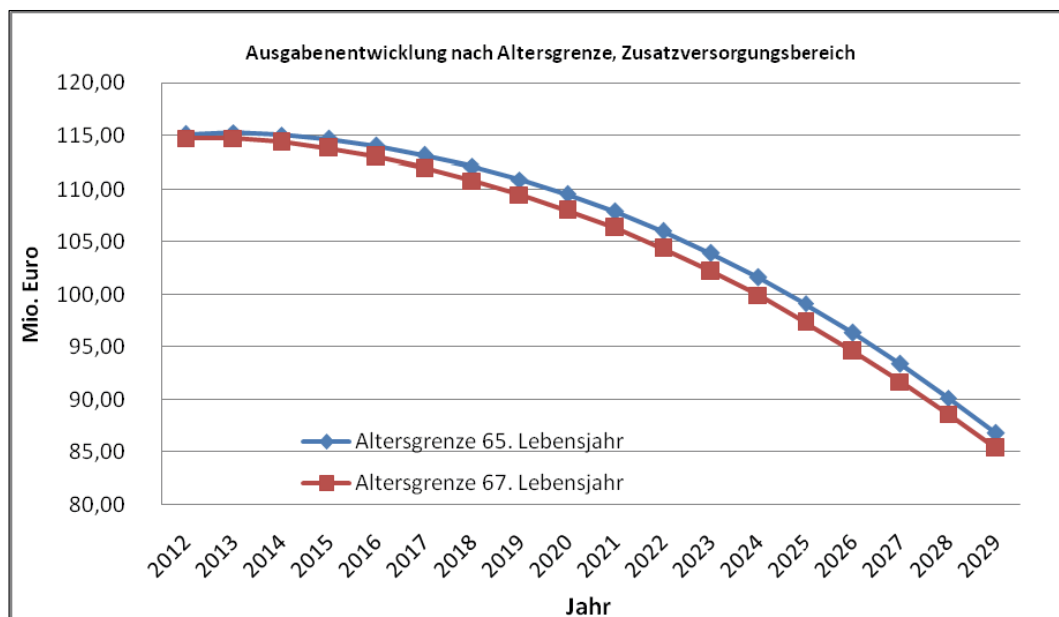
Grafik 3: Ausgabenentwicklung nach Altersgrenze, Beamtenversorgung



Bereits im Jahre 2012 ist ein flacherer Beginn der Ausgabenkurve zu erkennen. Der Einspareffekt beträgt im Jahr 2012 bereits 3,9 Mio. Euro und baut sich bis zum Prognosemitteljahr 2020 auf 19,5 Mio. Euro auf. Für das Prognose-

seendjahr 2029 beträgt das Einsparvolumen bereits 30,6 Mio. Euro. Im Zusatzversorgungsbereich ist der Einspareffekt vergleichsweise geringer wie die nachfolgende Grafik 4 zeigt:

Grafik 4: Ausgabenentwicklung nach Altersgrenze, Zusatzversorgungsbereich



Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Zusammenhang mit der Anhebung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung auch die durchschnittlichen Versorgungssätze in der Zusatzversorgung ansteigen werden. Im Gegensatz zur Beamtenversorgung gibt es im Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetz keinen Versorgungshöchstsatz, so dass – isoliert auf den Versorgungssatz bezogen – strukturell höhere Ruhegelder gezahlt werden.

Der Einspareffekt beginnt im Kalenderjahr 2012 mit 0,4 Mio. Euro und beträgt in der Spitze bis zu 1,75 Mio. Euro in den Prognosejahren 2023 und 2025.

Die nachfolgende Tabelle 2 zeigt das jährliche Einsparvolumen – getrennt nach Beamtenversorgungs- und Zusatzversorgungsbereich – und das kumulierte Einsparvolumen, das im Prognoseendjahr bei über 380 Mio. Euro liegt:

Tabelle 2: Einsparvolumina nach Versorgungsbereichen und Jahren in Mio. Euro

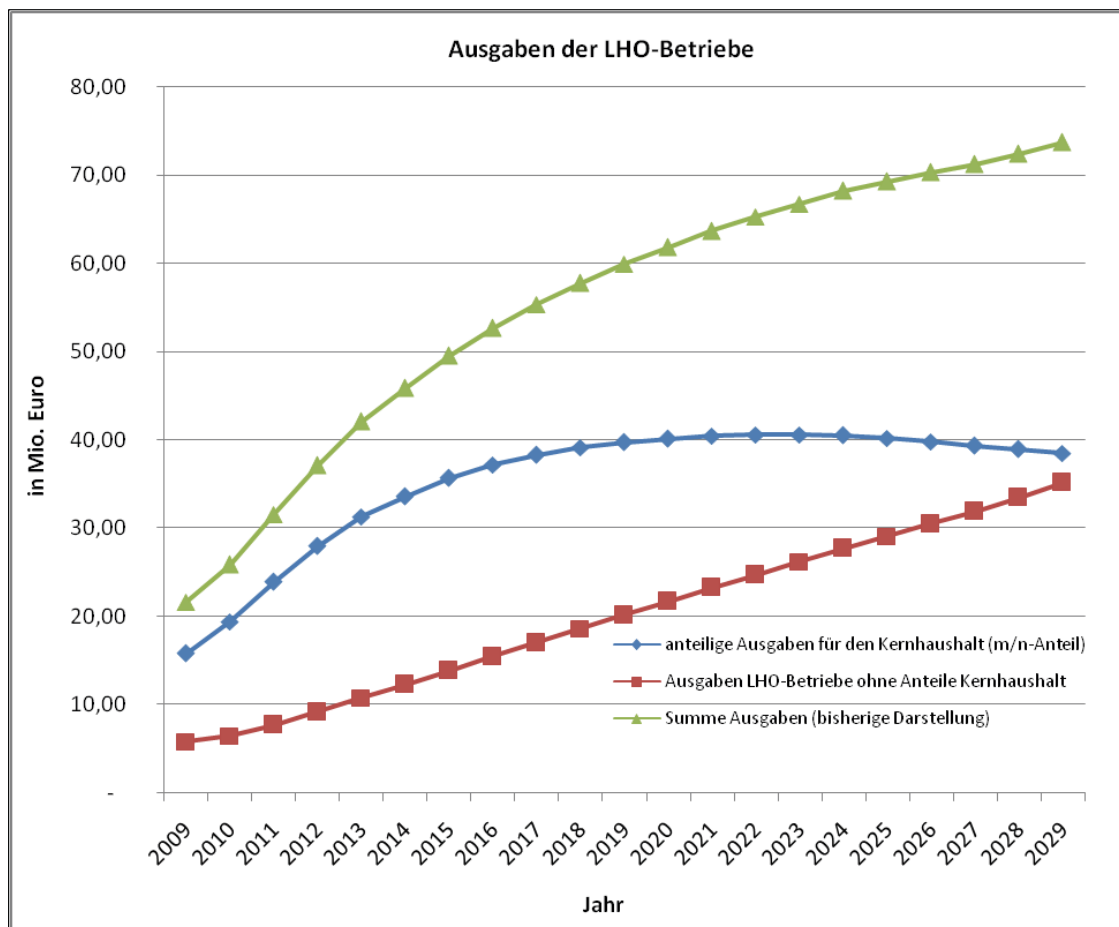
Jahr	Beamten- versorgung	Zusatz- versorgung	Minder- ausgaben	kumuliert
2012	- 3,91	- 0,39	- 4,30	- 4,30
2013	- 5,55	- 0,55	- 6,10	- 10,40
2014	- 9,47	- 0,68	- 10,15	- 20,55
2015	- 11,42	- 0,84	- 12,27	- 32,81
2016	- 12,91	- 0,98	- 13,89	- 46,70
2017	- 14,64	- 1,14	- 15,78	- 62,49
2018	- 15,88	- 1,28	- 17,16	- 79,64
2019	- 17,52	- 1,41	- 18,93	- 98,58
2020	- 19,49	- 1,57	- 21,06	- 119,64
2021	- 20,30	- 1,56	- 21,85	- 141,49
2022	- 23,22	- 1,65	- 24,87	- 166,37
2023	- 25,28	- 1,75	- 27,03	- 193,39
2024	- 26,83	- 1,69	- 28,51	- 221,91
2025	- 28,62	- 1,75	- 30,37	- 252,28
2026	- 30,25	- 1,74	- 31,99	- 284,27
2027	- 30,79	- 1,69	- 32,49	- 316,75
2028	- 30,97	- 1,56	- 32,53	- 349,28
2029	- 30,59	- 1,41	- 32,00	- 381,28

3.2 Zuordnung der anteiligen Versorgungsausgaben und der Empfänger der § 26 LHO-Betriebe zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Betrieb nach dem Anteil der Zugehörigkeit (sogenannte m/n-telung)

Mit der diesjährigen Prognose wird für die Landesbetriebe erstmals eine veränderte Ausgabenzuordnung dargestellt. Wurden in den Darstellungen der vergangenen Prognosen die jeweiligen Landesbetriebe mit den Ausgaben voll belastet, so findet nunmehr eine Zuordnung nach dem jeweiligen Zeitverhältnis der Zugehörigkeit zum Kern-

haushalt einerseits und dem LHO-Betrieb andererseits statt. Daraus folgt, dass die Versorgungsausgaben der LHO-Betriebe in der Darstellung erheblich zurückgehen – im Datenerfassungsjahr um 15 Mio. Euro bis auf rund 40 Mio. Euro ansteigend –, weil die Anteile der Versorgungsausgaben, die auf den Kernhaushalt entfallen und diesen mithin zusätzlich belasten, bei den LHO-Betrieben nicht mehr berücksichtigt werden (im Einzelnen hierzu siehe Ziffer 7). Die Veränderungen werden mit der nachfolgenden Grafik 5 dargestellt:

Grafik 5: Ausgaben der LHO-Betriebe und anteilige Zuordnung zum Kernhaushalt



Diesen prognostizierten Ausgaben liegt die in der nachfolgenden Tabelle 3 dargestellte Gesamtentwicklung der Empfängerzahlen für die § 26 LHO-Betriebe zugrunde:

Tabelle 3: Empfängerzahlen der § 26 LHO-Betriebe

Jahr	Gesamtempfänger	Jahr	Gesamtempfänger
2009	1.445	2020	3.469
2010	1.656	2021	3.540
2011	1.956	2022	3.618
2012	2.246	2023	3.651
2013	2.485	2024	3.735
2014	2.689	2025	3.814
2015	2.864	2026	3.884
2016	3.019	2027	3.923
2017	3.153	2028	3.966
2018	3.276	2029	4.012
2019	3.390		

3.3 Einbeziehung der Waisen

Erstmalig wurden die Waisen mit in die Prognose aufgenommen. Dies hat sowohl Auswirkungen auf die Höhe der Berechtigtenzahl, die im Datenerfassungsjahr um rund 850 Personen ansteigt, als auch auf die Höhe der Ausgaben, die in den vergangenen Jahren mit einem pauschalen Betrag von 3 Mio. Euro angesetzt wurden.

4. Prognoseergebnisse im Einzelnen

Die Gesamtversorgungsausgaben setzen sich aus denen für die Beamtenversorgung und denen für die Zusatzversorgung zusammen. Diese tragen in unterschiedlichem Maß zur Gesamtausgabenentwicklung bei. Die Beamtenversorgung ist als ausschließliche Altersversorgung angelegt, während die Zusatzversorgung als betriebliche Altersversorgung zur gesetzlichen Rente hinzutritt.

4.1 Gesamtentwicklung

Sowohl die Entwicklung der Empfängerzahlen als auch die der Versorgungsausgaben in der Beamtenversorgung und in der Zusatzversorgung sind im Prognosezeitraum gegenläufig: Einer Zunahme im Beamtenbereich steht eine Abnahme im Zusatzversorgungsbereich gegenüber.

4.1.1 Entwicklung der Empfängerzahlen

Die Empfängerzahl ist im Vergleich zur Prognose Stufe 5/2008 angestiegen. Ursache hierfür sind die unter Ziffer 3.2 und 3.3 beschriebenen Neuerungen; insbesondere steigen die Empfängerzahlen wegen der anteiligen Zuordnung der Beschäftigten der § 26 LHO-Betriebe, bezogen auf den Anteil zum Kernhaushalt, der Asklepios-Rückkehrer und der Aufnahme der Waisen in die Prognose. Auf die Entwicklung der Empfängerzahlen gegenläufig wirkt sich dagegen die Anhebung der Altersgrenzen ab 2012 aus (siehe Tabelle 1).

Das Verhältnis der Empfängerzahlen in der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung hat sich im Vergleich zur letzten Prognose nur geringfügig geändert. In der vorliegenden Prognose liegt es im Datenerfassungsjahr 2009 bei 52,1 v.H. zu 47,9 v.H. (in der Prognose Stufe 5/2008 betrug dieses 50,4 v.H. zu 49,6 v.H.) und im Endjahr des Prognosezeitraums 2029 bei 58,8 v.H. zu 41,2 v.H. (Prognose Stufe 5/2008: 59,3 v.H. zu 40,7 v.H.). Über den gesamten Prognosezeitraum gesehen ändert sich das Verhältnis um 6,7 Prozentpunkte.

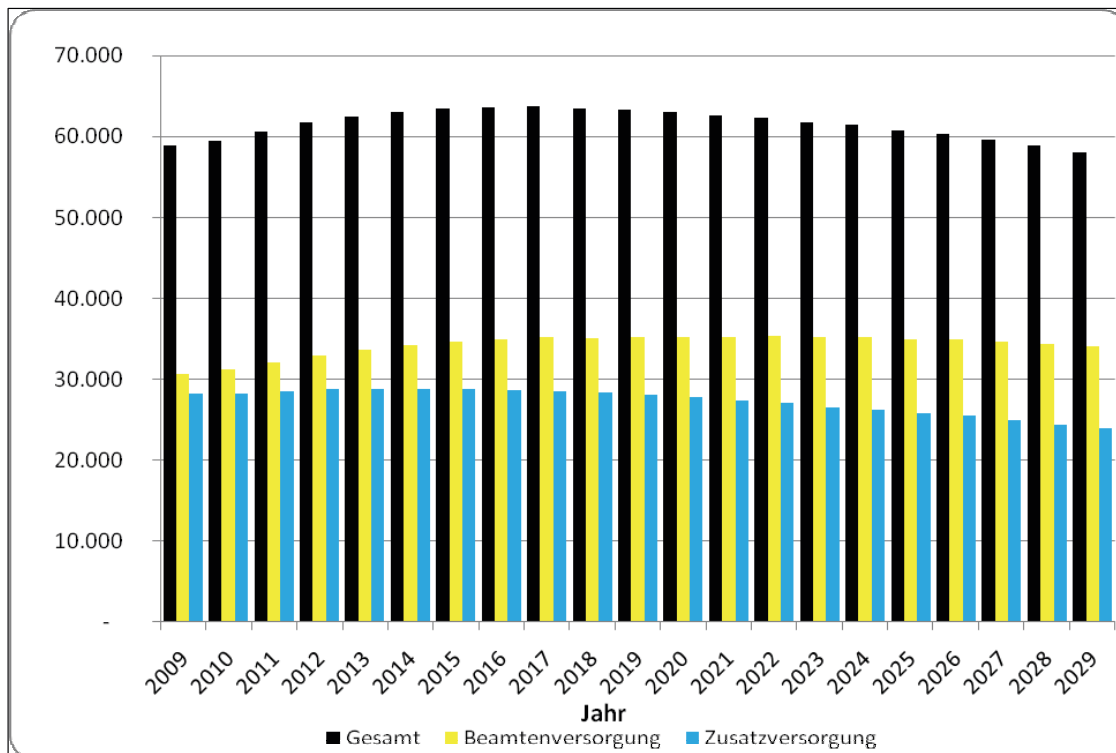
Tabelle 4: Empfängerzahlen – Verhältnis Beamtenversorgung – Zusatzversorgung

Jahr	Gesamt	Beamtenversorgung	% Anteil	Zusatzversorgung	% Anteil
2009	58.883	30.682	52,1	28.201	47,9
2010	59.477	31.214	52,5	28.263	47,5
2011	60.654	32.111	52,9	28.543	47,1
2012	61.711	32.978	53,4	28.733	46,6
2013	62.493	33.667	53,9	28.825	46,1
2014	63.048	34.224	54,3	28.824	45,7
2017	63.716	35.181	55,2	28.535	44,8
2018	63.394	35.064	55,3	28.330	44,7
2019	63.322	35.216	55,6	28.107	44,4
2020	62.966	35.213	55,9	27.754	44,1
2021	62.591	35.223	56,3	27.368	43,7
2022	62.316	35.292	56,6	27.024	43,4
2027	59.662	34.692	58,1	24.970	41,9
2028	58.831	34.392	58,5	24.439	41,5
2029	58.016	34.102	58,8	23.913	41,2

In der folgenden Grafik 7 sind die Veränderungen im Laufe des Prognosezeitraums dargestellt. Deutlich ist zu erkennen, wie das Verhältnis der Empfängerzahlen der

Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung in den ersten Jahren langsamer, dann aber deutlich stärker auseinanderläuft.

Grafik 7: Empfängerzahlen: Gesamt – Beamtenversorgung – Zusatzversorgung



4.1.2 Entwicklung der Ausgaben

Das Verhältnis der Ausgaben von Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung beträgt 89,4 v.H. zu 10,6 v.H. im Datenerfassungsjahr 2009 und liegt im Endjahr des Prognosezeitraums 2029 bei 92,3 v.H. zu 7,7 v.H. Der Grund liegt in der ebenfalls gegenläufigen Entwicklung der Berechtigtenzahlen (siehe Tabelle 3). Des Weiteren ist im Hinblick auf die unterschiedlich hohen Anteile an der Gesamtversorgung zu berücksichtigen, dass die Beamtenversorgung eine Vollversorgung ist, die Zusatzversorgung aber neben einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt wird. Auch die vorliegende Prognose 2010

bestätigt generell den Trend, der bereits in den letzten Jahren beobachtet wurde: Strukturell steigen die Versorgungsausgaben an.

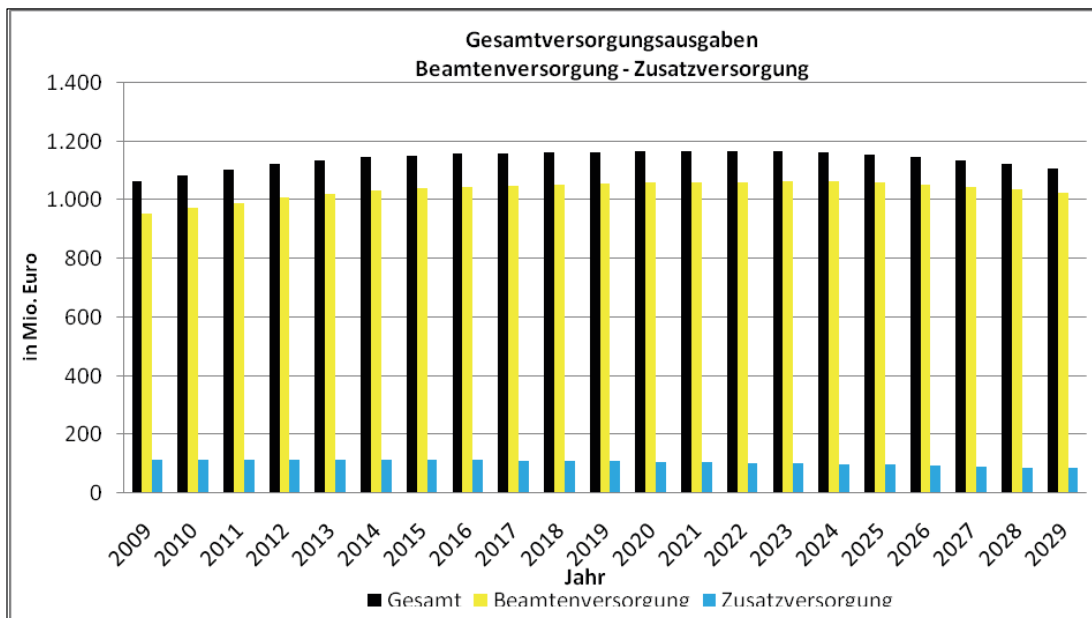
Ausgehend vom Datenerfassungsjahr mit 1.065 Mio. Euro wird bis zum Jahr 2021 (Ausgabenhöhepunkt) mit einem um 9,7 v.H. gestiegenen Volumen von 1.168 Mio. Euro zu rechnen sein, anschließend verringern sich die Gesamtausgaben um 59 Mio. Euro bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2029 auf 1.109 Mio. Euro; im Ergebnis liegt die strukturelle prozentuale Steigerung – ausgehend vom Datenerfassungsjahr – in 2029 bei 4,1 v.H.

Tabelle 5: Gesamtversorgungsausgaben Strukturentwicklung
(Beamten- und Zusatzversorgung) in Mio. Euro

Jahr	Gesamt	Beamten- versorgung	% Anteil	Zusatz- versorgung	% Anteil
2009	1.065	952	89,4	113	10,6
2010	1.086	972	89,5	113	10,5
2011	1.106	992	89,7	114	10,3
2012	1.124	1.009	89,8	115	10,2
2013	1.137	1.023	89,9	115	10,1
2014	1.146	1.032	90,0	114	10,0
2015	1.153	1.039	90,1	114	9,9
2016	1.158	1.045	90,2	113	9,8
2017	1.161	1.049	90,4	112	9,6
2018	1.164	1.054	90,5	111	9,5
2019	1.165	1.055	90,6	109	9,4
2020	1.167	1.059	90,7	108	9,3
2021	1.168	1.062	90,9	106	9,1
2022	1.167	1.063	91,1	104	8,9
2023	1.166	1.063	91,2	102	8,8
2024	1.163	1.063	91,4	100	8,6
2025	1.157	1.060	91,6	97	8,4
2026	1.148	1.053	91,8	95	8,2
2027	1.137	1.045	91,9	92	8,1
2028	1.124	1.036	92,1	89	7,9
2029	1.109	1.024	92,3	85	7,7

Grafisch dargestellt zeigt sich das Verhältnis der Versorgungsausgaben in der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung wie folgt:

Grafik 8: Vergleich Versorgungsausgaben: Gesamtversorgung
– Beamtenversorgung – Zusatzversorgung



Das Verhältnis der Ausgaben in der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung hat sich im Vergleich zur Prognose Stufe 5/2008 im Datenerfassungsjahr geringfügig geändert. In 2009 liegt der Anteil der Beamtenversorgung an den Gesamtversorgungsausgaben um 0,8 Prozentpunkte höher (Steigerung von 88,6 v.H. auf 89,4 v.H.) als im Datenerfassungsjahr 2007 (Stufe 5/2008), für das Endjahr der aktuellen Prognose ist eine geringfügige Veränderung um 0,2 Prozentpunkte (Steigerung von 92,1 v.H. auf 92,3 v.H.) zu verzeichnen.

4.1.3 Anpassungsverschiebungen auf die Jahre 2011 und 2012

Die folgende Tabelle 6 zeigt zum einen die Strukturentwicklung für die Gesamtversorgungsausgaben (Zusatz-

versorgungs- und den Beamtenversorgungsbereich) und zum anderen, wie sich die Gesamtversorgungsausgaben entwickeln würden, wenn es im öffentlichen Dienst für die aktiven Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) tarifliche Erhöhungen und für die Besoldungsempfängerinnen und -empfänger sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger jährliche lineare Besoldungs- und Versorgungsanpassungen von 1 v.H., 2 v.H. und 3 v.H., ab dem Jahr 2011 oder bei einer Verschiebung erstmals ab dem Jahr 2012 (d.h. für 2011 keine lineare Erhöhung) oder erst ab dem Jahr 2013 (d.h. für 2011 und 2012 keine linearen Erhöhungen) geben würde.

Tabelle 6: Gesamtbereich: Strukturentwicklung und Verschiebung jährlicher linearer Erhöhungen in Mio. Euro

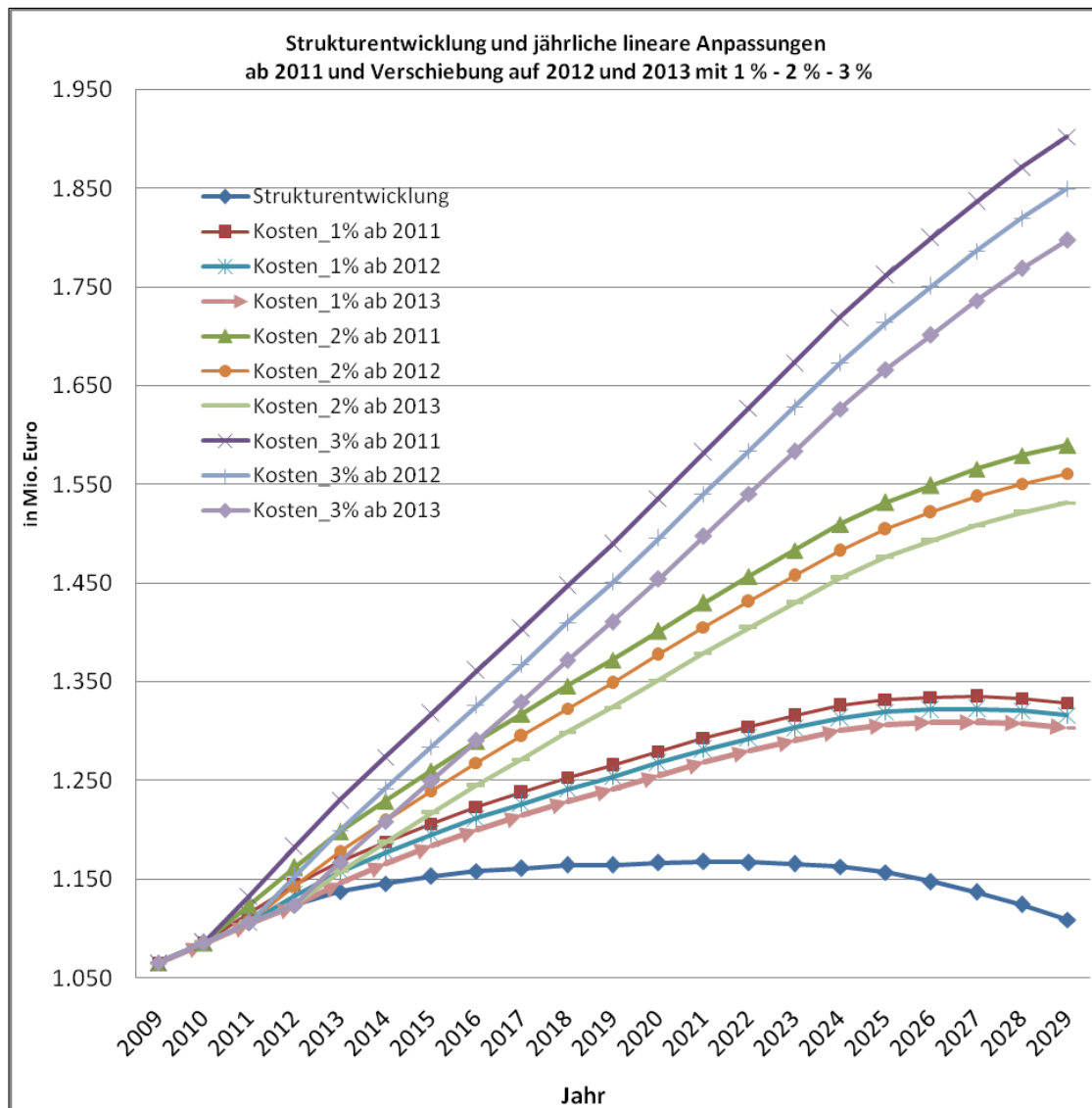
Jahr	Struktur- entwicklung	In Mio. Euro								
		jährliche lineare Anpassungen ab								
		2011			2012			2013		
		1%	2%	3%	1%	2%	3%	1%	2%	3%
2009	1.065	1.065	1.065	1.065	1.065	1.065	1.065	1.065	1.065	1.065
2010	1.086	1.086	1.086	1.086	1.086	1.086	1.086	1.086	1.086	1.086
2011	1.106	1.116	1.124	1.133	1.106	1.106	1.106	1.106	1.106	1.106
2012	1.124	1.144	1.162	1.183	1.134	1.143	1.153	1.124	1.124	1.124
2013	1.137	1.168	1.198	1.230	1.158	1.179	1.199	1.147	1.157	1.167
2014	1.146	1.188	1.229	1.274	1.177	1.209	1.242	1.167	1.187	1.208
2020	1.167	1.280	1.401	1.536	1.268	1.377	1.495	1.256	1.352	1.454
2021	1.168	1.293	1.430	1.582	1.281	1.405	1.540	1.269	1.379	1.498
2022	1.167	1.305	1.457	1.628	1.293	1.431	1.584	1.281	1.405	1.540
2023	1.166	1.316	1.484	1.673	1.304	1.457	1.629	1.291	1.430	1.583
2027	1.137	1.335	1.566	1.837	1.322	1.537	1.786	1.310	1.508	1.736
2028	1.124	1.334	1.580	1.871	1.321	1.551	1.820	1.308	1.522	1.769
2029	1.109	1.329	1.590	1.902	1.316	1.561	1.850	1.304	1.531	1.798

Die vorstehende Tabelle 6 weist in den Prognosejahren 2011 und 2012 (Jahresspalte) für die Anpassungsjahre 2012 und 2013 die Beträge der Gesamtstrukturentwicklung aus, wenn keine linearen Anpassungen vorgesehen sind (kursiv). In dem Jahr, in dem erstmals die fiktiven linearen Anpassungen wirksam werden, sind auch diese Beträge in der Tabelle durch Fettdruck gekennzeichnet. Daneben wird erkennbar, wie die Ausgaben in 2012 (2013) geringer werden, wenn die jährliche lineare Anpassung hinausgeschoben wird und es im Jahr 2011 (2011 und 2012) keine Anpassung gäbe. Bei einer jährlichen linearen Anpassung von 1 v.H. ab dem Jahr 2011 werden zum Prognosemittelpunkt 2020 Ausgaben in Höhe von 1.280 Mio. Euro erwartet, bei einer Verschiebung der Anpassungen, d. h. Anpassungen erst ab dem Jahr 2012, wäre mit Ausgaben in Höhe von 1.268 Mio. Euro zu rechnen, mithin 12 Mio. Euro weniger. Für das Endjahr 2029 liegt die rechnerische Differenz bei einer Verschiebung von 2011 auf 2012 bei 13 Mio. Euro. Der Ausgabenhöhepunkt ist in der Strukturentwicklung

im Jahr 2021 mit 1.168 Mio. Euro zu erwarten, bei einer fiktiven, jährlichen linearen Anpassung von 1 v.H. für die Jahre 2011, 2012 und 2013 liegen die Ausgabenhöhepunkte jeweils im Jahr 2027, zwei Jahre vor dem Endjahr des Prognosezeitraums 2029; geht man von einer fiktiven höheren, jährlichen linearen Anpassung aus (2 v.H. bzw. 3 v.H.), liegen die Ausgabenhöhepunkte außerhalb des Prognosezeitraums. Das bedeutet, dass sich der Ausgabenhöhepunkt mit jeder linearen Erhöhung und mit jedem Hinausschieben linearer Anpassungen verschiebt.

Nachfolgend wird die Tabelle 6 grafisch umgesetzt. In der Grafik 9 zeigen sich neben den drei Hauptströmungen mit 1 v.H., 2 v.H. und 3 v.H. fiktiver, jährlicher Anpassungen auch die Verschiebungen nach unten, wenn die Anpassungen um ein bzw. zwei Jahre hinausgeschoben werden. Die Grafik verdeutlicht zum einen den Einfluss linearer Erhöhungen auf die Ausgabenentwicklung und zeigt zum anderen, wie sich die Verschiebung etwaiger linearer Anpassungen dämpfend auf die Ausgaben auswirkt.

Grafik 9: Gesamtbereich: Strukturentwicklung und jährliche, lineare Anpassungen mit Verschiebung in Mio. Euro



In der folgenden Tabelle 7 wird der auf das Datenerfassungsjahr bezogene prozentuale Ausgabenanstieg für die erste Hälfte des Prognosezeitraums (2009 bis 2020) und für den Gesamtprognosezeitraum (2009 bis 2029) in Verbindung mit fiktiven linearen Anpassungen von jährlich 1 v.H., 2 v.H. und 3 v.H. ab dem Jahr 2011 und mit einer Verschiebung ab 2012 und ab 2013 aufgezeigt. Deutlich ist

zu erkennen, welchen Einfluss lineare Anpassungen und tarifliche Erhöhungen auf die Versorgungsausgaben haben. Bezugspunkt für die Berechnungen ist jeweils das Datenerfassungsjahr 2009 mit einem Gesamtbetrag von 1.065 Mio. Euro (Beamtenversorgung und Zusatzversorgung).

Tabelle 7: Prozentuale Erhöhungen – Überblick Gesamtversorgung (Beamte und Tarif)

Zeitraum von - bis		Struktur- entwicklung	lineare Erhö- hung ab	prozentuale Erhöhungen der Ausgaben bei jährli- cher Anpassung um		
				1%	2%	3%
				in v. H.		
2009 - 2020		9,5	ohne	-	-	-
	2009 - 2029	4,1	ohne	-	-	-
2009 - 2020		-	2011	20,1	31,5	44,1
	2009 - 2029	-	2011	24,7	49,2	78,5
2009 - 2020		-	2012	19,0	29,3	40,4
	2009 - 2029	-	2012	23,5	46,5	73,6
2009 - 2020		-	2013	17,9	26,9	36,5
	2009 - 2029	-	2013	22,3	43,7	68,7

4.2 Entwicklungen im Beamtenversorgungsbereich

Im Beamtenversorgungsbereich entwickelt sich die Anzahl der zu erwartenden Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ausgehend vom Datenerfassungsjahr 2009 mit 30.682 Berechtigten bis zum Höchststand von 35.292 Berechtigten im Jahr 2022 stetig steigend. Anschließend verringert sich die Empfängerzahl bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2029 auf 34.102 Versorgungsberechtigte. Bezogen auf das Datenerfassungsjahr 2009 beträgt der prozentuale Zuwachs der erwarteten Berechtigten bis zum Prognosemitteljahr 2020 14,8 v. H., bis zum Höchststand im Jahr 2022 sind es 15,0 v. H. und bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2029 ist mit einer Gesamterhöhung der Empfängerzahlen (2009 bis 2029) von 11,1 v. H. zu rechnen.

Die Entwicklung der Versorgungsausgaben ist abhängig von den Berechtigtenzahlen. In der Strukturentwicklung werden die Versorgungsausgaben von 952 Mio. Euro im Datenerfassungsjahr 2009 bis zum Höchstbetrag von rund 1.063 Mio. Euro in den Jahren 2022 bis 2024 ansteigen (Zunahme um 11,7 v. H.), anschließend verringern sich die Ausgaben bis auf 1.024 Mio. Euro im Endjahr des Prognosezeitraums 2029; bezogen auf das Datenerfassungsjahr 2009 steigen die Ausgaben bis 2029 insgesamt um 7,6 v. H.

Die folgende Tabelle 8 zeigt die Strukturentwicklung, in der die zum 1. März 2010 beschlossene Erhöhung in Höhe von 1,2 v. H. bereits eingeflossen ist und ab 2011 keine weiteren linearen Anpassungen vorgesehen sind, sowie die Szenarien mit jährlichen linearen Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. ab dem Jahr 2011:

Tabelle 8: Beamtenbereich: Strukturentwicklung und jährliche lineare Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H.

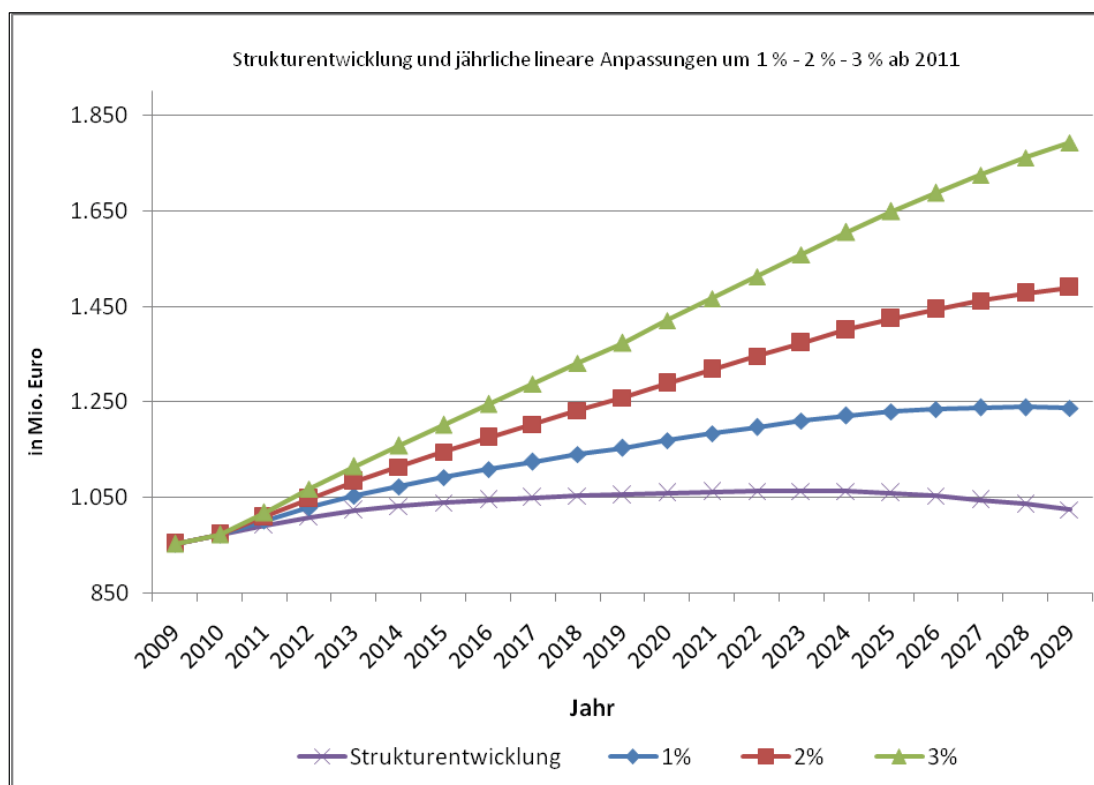
Jahr	Beamten- versorgung Berechtigte	Struktur- entwicklung	in Mio. Euro		
			lineare Anpassung ab 2011 jährlich um		
			1%	2%	3%
2009	30.682	952	952	952	952
2010	31.214	972	972	972	972
2011	32.111	992	1.001	1.009	1.019
2012	32.978	1.009	1.029	1.047	1.068
2013	33.667	1.023	1.053	1.083	1.115
2014	34.224	1.032	1.073	1.114	1.158
2019	35.216	1.055	1.154	1.259	1.374
2020	35.213	1.059	1.169	1.289	1.420
2021	35.223	1.062	1.184	1.318	1.467
2022	35.292	1.063	1.197	1.346	1.512
2023	35.170	1.063	1.210	1.374	1.559
2024	35.256	1.063	1.222	1.401	1.605
2028	34.392	1.036	1.239	1.478	1.761
2029	34.102	1.024	1.237	1.490	1.793

Wie aus der vorstehenden Tabelle 8 ersichtlich ist, fällt der Anstieg sowohl bei den Berechtigtenzahlen als auch bei den Versorgungsausgaben in der ersten Hälfte des Prognosezeitraums bis 2020 sehr viel stärker aus als in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums. Bis zum Prognosemittelpunkt 2020 wird bei den Berechtigtenzahlen mit einem Zuwachs von 14,8 v.H. (4.531 Versorgungsberechtigte) und mit einem Ausgabenzuwachs von 11,1 v.H. (107 Mio. Euro) in der Strukturentwicklung zu rechnen sein. Hier zeigen sich die Folgen der demografischen Entwicklung und des Einstellungsverhaltens zwischen den Jahren 1960 und 1980. Im Verlauf der zweiten Prognosehälfte steigen die Berechtigtenzahlen zunächst auf einen Höchststand im Jahre 2022 an, anschließend sinken sie auf 34.102 im Prognoseendjahr 2029. Die Versorgungsausgaben (Strukturentwicklung) verringern sich im Verlauf der zweiten Prognosehälfte um 35 Mio. Euro auf 1.024 Mio. Euro, sie liegen dann 7,5 v.H. über dem Niveau von 2009.

Der Ausgabensprung um 20 Mio. Euro vom Datenerfassungsjahr 2009 auf das erste Prognosejahr 2010 ist – neben einer allgemeinen prognostizierten Zunahme der Versorgungsberechtigten – auf die zum 1. März 2010 wirksam gewordene Erhöhung (lineare Anpassung) zurückzuführen.

Die nachfolgende Grafik 10 zeigt zum einen die beschriebenen Auswirkungen in der Strukturentwicklung, zum anderen den Einfluss fiktiver, jährlicher linearer Anpassungen ab dem Jahr 2011 in Höhe von 1 v.H., 2 v.H. und 3 v.H. Für zwei der drei Szenarien wird der Ausgabenhöhepunkt nicht mehr innerhalb des 20-jährigen Prognosezeitraums erreicht; lediglich das Szenario der Anhebung um 1 v.H. markiert den Ausgabenhöhepunkt im Jahre 2028 noch innerhalb des Prognosezeitraums.

Grafik 10: Beamtenbereich: Strukturentwicklung und jährliche lineare Anpassungen von 1 v.H., 2 v.H. und 3 v.H. ab 2011



Die folgende Tabelle 9 zeigt zum einen die Strukturentwicklung für den Beamtenversorgungsbereich und zum anderen, wie sich die Versorgungsausgaben für den Beamtenbereich entwickeln würden, wenn es im öffentlichen Dienst für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger lineare Besol-

dungs- und Versorgungsanpassung von 1 v.H., 2 v.H. und 3 v.H. ab dem Jahr 2011 oder erstmals ab dem Jahr 2012 (d.h. für 2011 keine lineare Erhöhung) oder erst ab dem Jahr 2013 (d.h. für 2011 und 2012 keine linearen Erhöhungen) geben würde.

Tabelle 9: Beamtenbereich: Strukturentwicklung und Verschiebung jährlicher linearer Erhöhungen

Jahr	in Mio. Euro									
	Struktur- entwicklung	Jährliche lineare Anpassungen ab								
		2011			2012			2013		
		1%	2%	3%	1%	2%	3%	1%	2%	3%
2009	952	952	952	952	952	952	952	952	952	952
2010	972	972	972	972	972	972	972	972	972	972
2011	992	1.001	1.009	1.019	992	992	992	992	992	992
2012	1.009	1.029	1.047	1.068	1.019	1.029	1.038	1.009	1.009	1.009
2013	1.023	1.053	1.083	1.115	1.043	1.063	1.084	1.033	1.043	1.052
2014	1.032	1.073	1.114	1.158	1.062	1.094	1.126	1.052	1.073	1.093
2015	1.039	1.092	1.145	1.202	1.081	1.124	1.169	1.070	1.102	1.135
2016	1.045	1.109	1.175	1.245	1.098	1.153	1.211	1.087	1.131	1.175
2020	1.059	1.169	1.289	1.420	1.158	1.265	1.381	1.146	1.240	1.340
2023	1.063	1.210	1.374	1.559	1.198	1.348	1.515	1.186	1.322	1.471
2025	1.060	1.230	1.425	1.649	1.218	1.398	1.602	1.206	1.370	1.556
2028	1.036	1.239	1.478	1.761	1.227	1.450	1.711	1.214	1.422	1.661
2029	1.024	1.237	1.490	1.793	1.224	1.462	1.742	1.212	1.433	1.691

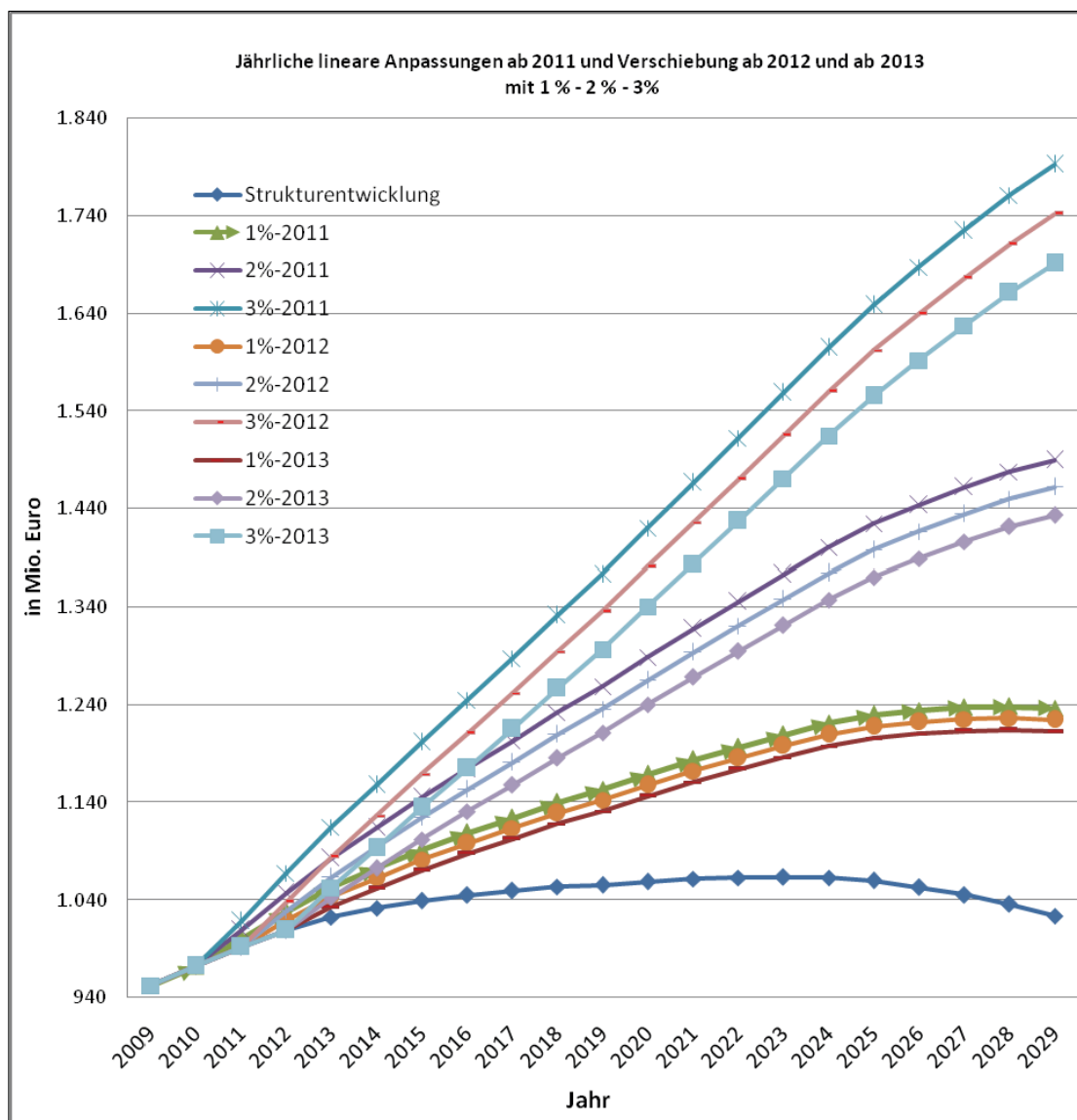
In der vorstehenden Tabelle 9 zeigt sich deutlich, wie sich die Beträge der Strukturentwicklung halten, wenn keine linearen Anpassungen vorgesehen sind (kursiv). In dem Jahr, in dem erstmals die fiktiven linearen Anpassungen wirksam werden, sind auch diese Beträge in der Tabelle durch Fettdruck gekennzeichnet. Daneben zeigt sich, wie die Ausgaben in 2012 (2013) geringer werden, wenn die linearen Anpassungen hinausgeschoben werden und es im Jahr 2011 (bzw. 2011 und 2012) keine Anpassungen gibt. Bei einer jährlichen linearen Anpassung von 1 v.H. ab dem Jahr 2011 werden zum Prognosemittelpunkt 2020 Ausgaben in Höhe von 1.169 Mio. Euro erwartet, bei einer Verschiebung auf das Jahr 2012 muss mit Ausgaben in Höhe von 1.158 Mio. Euro gerechnet werden, mithin 11 Mio. Euro weniger. Für das Endjahr der Prognose 2029 liegt die rechnerische Differenz zwischen den Jahren 2011 und 2012 bei 13 Mio. Euro.

Der Ausgabenhöhepunkt verschiebt sich mit jeder linearen Erhöhung und mit jedem Hinausschieben linearer

Anpassungen. In der Strukturentwicklung ist er im Jahr 2023, bei einer fiktiven, jährlichen linearen Anpassung von 1 v.H. ab 2011, ab 2012 und ab 2013 ist er jeweils im Jahre 2028 zu erwarten; geht man von einer höheren fiktiven, jährlichen linearen Anpassung aus, liegt der Ausgabenhöhepunkt im Endjahr bzw. außerhalb des Prognosezeitraums.

Nachfolgend wird die Tabelle 9 grafisch umgesetzt. In der Grafik 11 zeigen sich neben den drei Hauptströmungen mit 1 v.H., 2 v.H. und 3 v.H. fiktiver, jährlicher linearer Anpassungen auch die Verschiebungen nach unten, wenn die Anpassungen um ein bzw. zwei Jahre hinausgeschoben werden. Die Grafik verdeutlicht zum einen den Einfluss linearer Erhöhungen auf die Ausgabenentwicklung und zeigt zum anderen, wie sich die Verschiebung etwaiger linearer Anpassungen dämpfend auf die Ausgaben auswirkt.

Grafik 11: Beamtenbereich: Strukturentwicklung und Verschiebung jährlicher linearer Erhöhungen



In der folgenden Tabelle 10 wird der prozentuale Ausgabenanstieg für die erste Hälfte des Prognosezeitraums (2009 – 2020) und für den Gesamtprognosezeitraum (2009 – 2029) in Verbindung mit fiktiven, jährlichen linearen Anpassungen von 1 v.H., 2 v.H. und 3 v.H. ab dem Jahr 2011 und mit einer Verschiebung ab dem Jahre 2012

und ab 2013 aufgezeigt. Deutlich ist auch hier zu erkennen, wie sich lineare Anpassungen auf die Versorgungsausgaben auswirken. Bezugspunkt für die Berechnungen ist jeweils das Datenerfassungsjahr 2009 mit einem Betrag von 952 Mio. Euro für die Beamtenversorgung.

Tabelle 10: Prozentuale Erhöhungen – Überblick Beamtenversorgung

Zeitraum von - bis		Struktur- entwicklung	lineare Er- höhung ab	prozentuale Erhöhungen der Ausgaben bei jährlicher Anpassung um		
				1%	2%	3%
				in v. H.		
2009 - 2020		11,2	ohne	-	-	-
	2009 - 2029	7,5	ohne	-	-	-
2009 - 2020		-	2011	22,8	35,3	49,1
	2009 - 2029	-	2011	29,8	56,4	88,2
2009 - 2020		-	2012	21,6	32,8	45,0
	2009 - 2029	-	2012	28,6	53,5	82,9
2009 - 2020		-	2013	20,4	30,2	40,7
	2009 - 2029	-	2013	27,3	50,5	77,6

4.3 Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die hamburgischen Tarifbeschäftigten erhalten im Versorgungsfall neben ihrer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine Versorgung nach dem Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetz (HmbZVG). Im Zusatzversorgungsbereich ist das Ruhegeld der vorhandenen Versorgten nicht mehr von den Tarifierhöhungen des öffentlichen Dienstes abhängig. Eine Erhöhung des Ruhegeldes ist von

Gesetzes wegen dauerhaft mit 1 v.H. – jeweils zum Juli eines Jahres – im HmbZVG festgeschrieben und in der Prognose für diesen Bereich in der Strukturentwicklung bereits berücksichtigt. Die fiktiv berücksichtigten Anpassungen in Höhe von 1 v.H., 2 v.H. und 3 v.H. beziehen sich folglich nur auf den Aktivbereich und wirken auf die Versorgung nur insoweit, als das letzte Entgelt Grundlage für die Berechnung der Zusatzversorgung ist.

Tabelle 11**: Strukturentwicklung und jährliche lineare Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. in Mio. Euro

Jahr	Versorgte	in Mio. Euro**			
		Strukturentwicklung	lineare Anpassung ab 2011 jährlich um		
			1%*	2%*	3%*
2009	28.201	113,00	113,00	113,00	113,00
2010	28.263	113,46	113,46	113,46	113,46
2011	28.543	114,37	114,42	114,47	114,52
2012	28.733	114,72	114,88	115,03	115,18
2013	28.825	114,73	115,03	115,33	115,64
2014	28.824	114,38	114,86	115,35	115,85
2020	27.754	107,96	110,29	112,84	115,61
2021	27.368	106,32	109,07	112,11	115,46
2028	24.439	88,62	94,71	101,93	110,43
2029	23.913	85,39	91,97	99,85	109,23

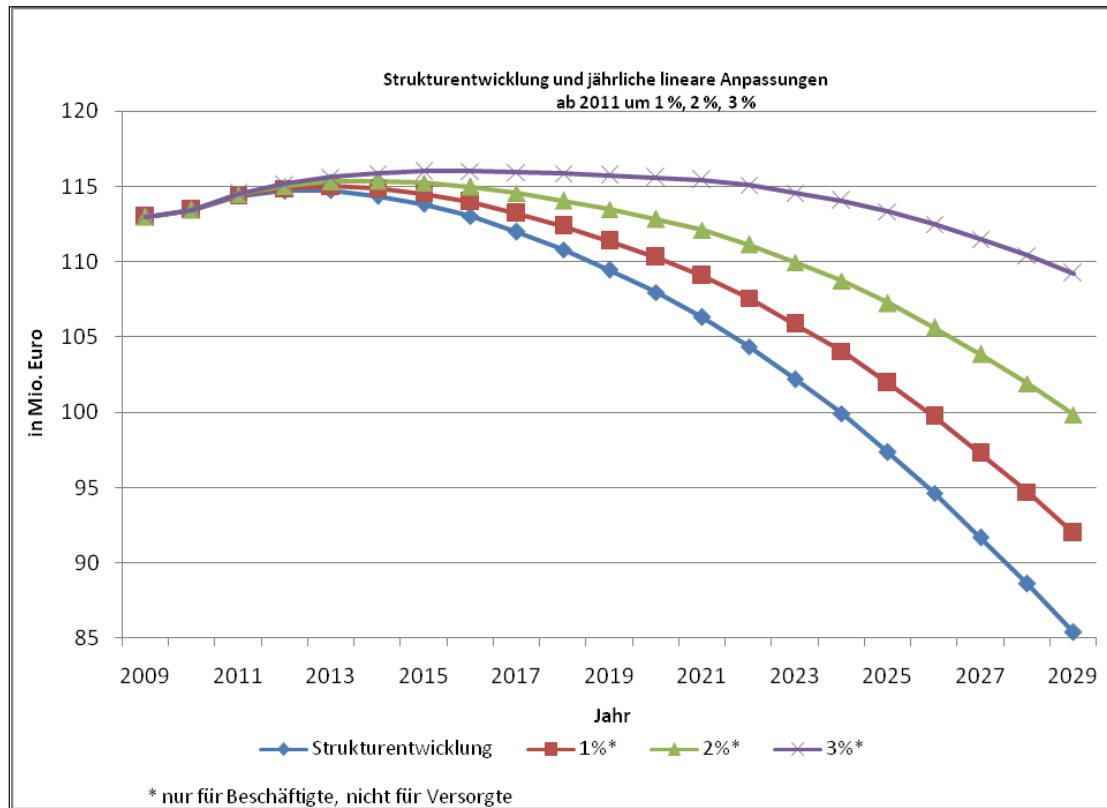
* Nur für Beschäftigte, nicht für Versorgte

** zur Verdeutlichung sind in der Tabelle die Beträge mit zwei Nachkommastellen ausgewiesen

Die folgende Grafik 12 verdeutlicht auch in diesem Bereich den Einfluss linearer Anpassungen auf die Ausga-

benentwicklung, da sich die Höhe der Zusatzversorgung nach dem letzten Entgelt richtet.

Grafik 12: Tarifbereich: Strukturentwicklung und jährliche lineare Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. ab 2011 in Mio. Euro



4.4 Anpassungsverschiebungen auf die Jahre 2012 und 2013

Die folgende Tabelle 12 zeigt zum einen die Strukturentwicklung für den Zusatzversorgungsbereich und zum anderen, wie sich die Versorgungsausgaben für den Tarifbereich entwickeln würden, wenn es im öffentlichen Dienst für die aktiven Arbeitnehmer jährlich tarifliche Erhöhungen in Höhe von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H., ab dem Jahr 2011 oder erstmals ab dem Jahr 2012 (d.h. für 2011 keine tarifliche Anpassung) oder aber erst ab dem Jahr 2013 (d.h. für 2011 und 2012 keine tarifliche Anpassung) geben würde. Bei Betrachtung der Tabelle muss auch

an dieser Stelle berücksichtigt werden, dass für den Zusatzversorgungsbereich die jährlichen Erhöhungen in Höhe von 1 v. H. bereits in die Strukturentwicklung eingeflossen sind; diese Erhöhungen sind gesetzlich im HmbZVG festgeschrieben. Die o.g. fiktiv angenommenen prozentualen Erhöhungen wirken sich nur auf das Entgelt für aktiv Beschäftigte aus, das wiederum Grundlage für die Berechnung des Ruhegelds ist. Zur Verdeutlichung sind die Beträge in der nachfolgenden Tabelle mit einer und für die Jahre der Anpassungsverschiebung mit zwei Nachkommastellen ausgewiesen.

Tabelle 12: Zusatzversorgungsbereich: Strukturentwicklung und Verschiebung jährlicher tariflicher Erhöhungen in Mio. Euro

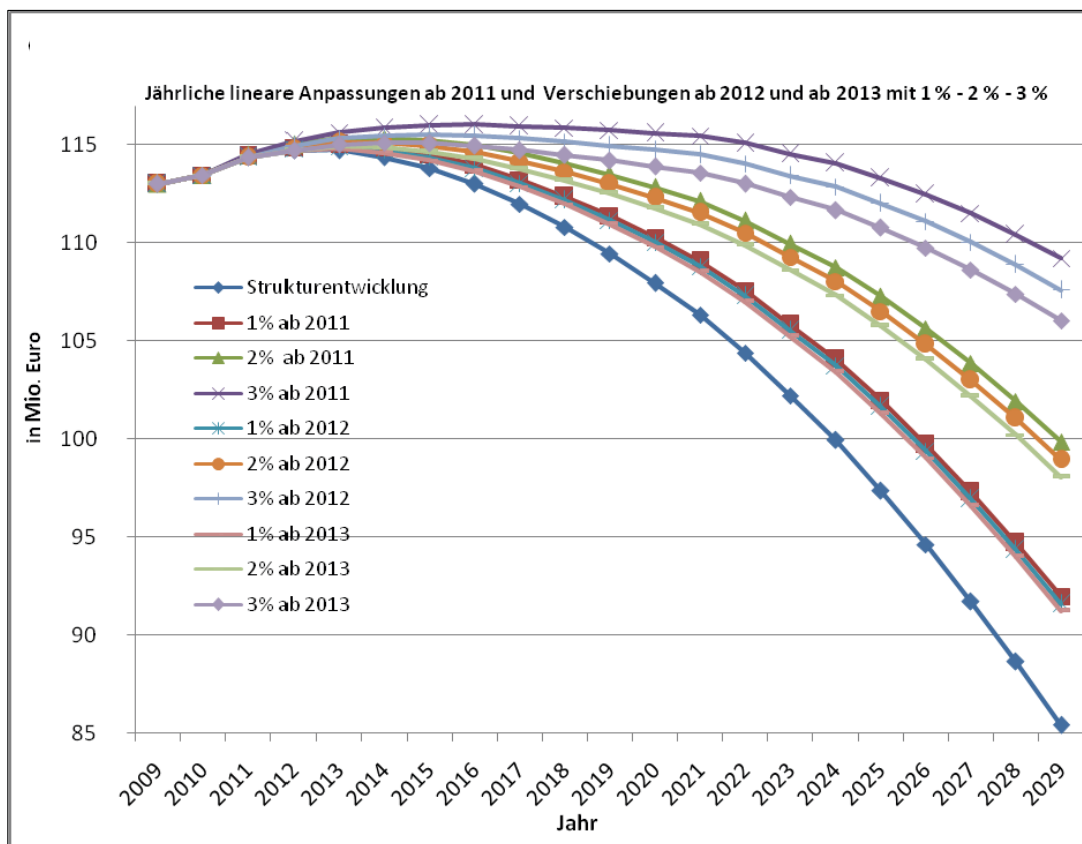
Jahr	Struktur- entwick- lung	in Mio. Euro								
		jährliche tarifliche Anpassung								
		2011			2012			2013		
		1 %	2 %	3 %	1 %	2 %	3 %	1 %	2 %	3 %
2009	113,0	13,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0	113,0
2010	113,5	113,5	113,5	113,5	113,5	113,5	113,5	113,5	113,5	113,5
2011	114,4	114,42	114,47	114,52	114,37	114,37	114,37	114,37	114,37	114,37
2012	114,7	114,88	115,03	115,18	114,80	114,87	114,95	114,72	114,72	114,72
2013	114,7	115,03	115,33	115,64	114,93	115,13	115,33	114,83	14,93	115,03
2014	114,4	114,9	115,3	115,9	114,7	115,1	115,5	114,6	114,9	115,1
2015	113,8	114,5	115,2	116,0	14,4	114,9	115,5	114,2	114,7	115,1
2016	113,0	114,0	115,0	116,0	113,8	114,6	115,5	113,6	114,3	115,0
2017	112,0	113,2	114,6	116,0	113,0	114,2	115,3	112,9	113,8	114,7
2018	110,8	112,4	114,1	115,9	112,2	113,6	115,2	112,0	113,2	114,5
2019	109,5	111,4	113,5	115,8	111,2	113,0	115,0	111,0	112,5	114,2
2020	108,0	110,3	112,8	115,6	110,0	112,3	114,7	109,8	111,8	113,9
2021	106,3	109,1	112,1	115,5	108,8	111,5	114,5	108,5	111,0	113,6
2022	104,4	107,6	111,1	115,1	107,3	110,5	114,0	107,0	109,9	113,0
2023	102,2	105,8	109,9	114,6	105,5	109,3	113,4	105,3	108,6	112,3
2024	99,9	104,1	108,8	114,1	103,7	108,0	112,9	103,4	107,3	111,7
2025	97,4	102,0	107,3	113,3	101,6	106,5	112,0	101,3	105,8	110,8
2026	94,6	99,7	105,6	112,5	99,4	104,8	111,1	99,0	104,1	109,8
2027	91,7	97,3	103,8	111,5	96,9	103,0	110,0	96,6	102,2	108,6
2028	88,6	94,7	101,9	110,4	94,3	101,1	108,9	94,0	100,2	107,4
2029	85,4	92,0	99,8	109,2	91,6	98,9	107,6	91,2	98,1	106,0

In der vorstehenden Tabelle 12 zeigt sich, wie sich die Beträge der Strukturentwicklung entwickeln, wenn keine linearen Anpassungen vorgesehen sind (kursiv). In dem Jahr, in dem erstmals die fiktiven linearen Anpassungen wirksam werden, sind auch diese Beträge in der Tabelle durch Fettdruck gekennzeichnet. Daneben zeigt sich, wie die Ausgaben in 2012 (2013) geringer werden, wenn die erstmalige lineare Anpassung hinausgeschoben wird und es im Jahr 2011 (2011 und 2012) eine so genannte „Nullrunde“ gibt. Bei einer linearen Anpassung von jährlich 1 v. H. ab dem Jahr 2011 werden zum Prognosemitteljahr 2020 Ausgaben in Höhe von 110,3 Mio. Euro erwartet, bei einer Verschiebung der Anpassungen, beginnend ab dem Jahr 2012, muss mit Ausgaben in Höhe von 110,0 Mio. Euro gerechnet werden, mithin 0,3 Mio. Euro weniger. Für

das Endjahr der Prognose 2029 liegt die rechnerische Differenz zwischen den Jahren 2011 und 2012 bei 0,4 Mio. Euro. Der Ausgabenhöhepunkt ist in der Strukturentwicklung in den Jahren 2012 und 2013 zu erwarten.

Nachfolgend wird die Tabelle 11 grafisch umgesetzt. In der Grafik 13 zeigen sich neben den drei Hauptströmungen mit 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. fiktiver, jährlicher linearer Anpassungen auch die Verschiebungen nach unten, wenn die Anpassung um ein bzw. zwei Jahre hinausgeschoben wird. Die Grafik verdeutlicht zum einen den Einfluss linearer Erhöhungen auf die Ausgabenentwicklung und zeigt zum anderen, wie sich die Verschiebung etwaiger linearer Anpassungen dämpfend auf die Ausgaben auswirkt.

Grafik 13: Zusatzversorgung – Strukturentwicklung und mit linearer Anpassungsverschiebung in Mio. Euro



In der folgenden Tabelle 13 wird die prozentuale Ausgabenminderung bzw. der Ausgabenanstieg für die erste Hälfte des Prognosezeitraums (2009–2020) und für den Gesamtprognosezeitraum (2009–2029) in Verbindung mit fiktiven jährlichen linearen Anpassungen von 1 v.H., 2 v.H. und 3 v.H. für das Jahr 2011 und einer Verschie-

bung auf die Jahre 2012 und 2013 aufgezeigt. Deutlich ist auch hier zu erkennen, wie sich tarifliche Erhöhungen auf die Zusatzversorgungsleistungen auswirken. Bezugspunkt für die Berechnungen ist jeweils das Datenerfassungsjahr 2009 mit einem Betrag von 113 Mio. Euro.

Tabelle 13: Prozentuale Erhöhungen – Überblick Zusatzversorgung

Zeitraum von - bis	Struktur- entwicklung	lineare Er- höhung ab	prozentuale Erhöhungen der Ausgaben bei jährlichen Anpassungen um		
			1%	2%	3%
			in v. H.		
2009 - 2020	-4,5	ohne	-	-	-
2009 - 2029	-24,4	ohne	-	-	-
2009 - 2020	-	2011	-2,4	-0,1	2,3
2009 - 2029	-	2011	-18,6	-11,6	-3,3
2009 - 2020	-	2012	-2,6	-0,6	1,7
2009 - 2029	-	2012	-18,9	-12,4	-3,3
2009 - 2020	-	2013	-2,8	-1,1	0,8
2009 - 2029	-	2013	-19,3	-13,2	-6,2

5. Vergleich Prognose Stufe 5/2008 – Stufe 2010

Ein Vergleich der Prognose Stufe 2010 mit der Prognose Stufe 5/2008 (Drucksache Nr. 19/1228), zeigt, wie sich die Besoldungs- und Tarifierpassungen der Jahre 2009 und 2010 auswirken und die Ausgabenentwicklung beeinflussen.

Während die Empfängerzahlen bis 2010 leicht zurückgehen, steigen die Versorgungsausgaben in diesem Zeitraum dennoch an. Sodann ist mit einer Zunahme der Empfänger zu rechnen, die auf eine anteilige Berücksichtigung der

Empfänger der § 26 LHO-Betriebe im Kernhaushalt, einer Berücksichtigung der Waisen (vgl. hierzu Ziffer 3) und auf die Asklepios-Rückkehrer zurückzuführen ist, während sich die Anhebung der Altersgrenzen ab 2012 vermin-dernd auswirkt.

Die folgende Tabelle 14 zeigt den Vergleich der Gesamt-empfängerzahlen und der Gesamtversorgungsausgaben in der Strukturentwicklung; daneben werden die prozentualen Abweichungen zum entsprechenden Jahr der Vorjahresprognose dargestellt:

Tabelle 14: Vergleich Stufe 5/2008 – Stufe 2010, Gesamtempfängerzahlen und Gesamtversorgungsausgaben

Jahr	Stufe 5/2008	Stufe 2010	Abweichung in %	Stufe 5/2008	Stufe 2010	Abweichung in %
	Gesamtempfänger			Strukturentwicklung Gesamtversorgungsausgaben in Mio. Euro		
2009*	59.393	58.883	- 0,9	1.029	1.065	3,5
2010	60.035	59.477	- 0,9	1.047	1.086	3,7
2011	60.515	60.654	0,2	1.063	1.106	4,1
2012	60.924	61.711	1,3	1.079	1.124	4,2
2013	61.265	62.493	2,0	1.094	1.137	4,0
2014	61.486	63.048	2,5	1.106	1.146	3,6
2015	61.570	63.431	3,0	1.116	1.153	3,3
2016	61.520	63.638	3,4	1.123	1.158	3,1
2017	61.392	63.716	3,8	1.128	1.161	3,0
2018	61.228	63.394	3,5	1.133	1.164	2,8
2019	61.022	63.322	3,8	1.135	1.165	2,6
2020	60.823	62.966	3,5	1.139	1.167	2,4
2021	60.535	62.591	3,4	1.141	1.168	2,3
2022	60.242	62.316	3,4	1.144	1.167	2,0
2023	59.887	61.660	3,0	1.146	1.166	1,7
2024	59.451	61.449	3,4	1.146	1.163	1,5
2025	58.906	60.764	3,2	1.143	1.157	1,2
2026	58.242	60.367	3,6	1.137	1.148	1,0
2027	57.453	59.662	3,8	1.128	1.137	0,8
2028	56.557	58.831	4,0	1.117	1.124	0,7
2029	55.553	58.016	4,4	1.103	1.109	0,6

Datenerfassungsjahr Prognose 2010

Beim Vergleich der Empfängerzahlen ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass die in jeder Prognose ausgewiesenen zukünftigen Empfängerzahlen keine physischen Größen, sondern statistische Erwartungswerte darstellen, die auf biometrischen Rechnungsgrundlagen beruhen. Sie werden regelmäßig auf der Basis der tatsächlichen Personalstruktur des Vorjahres neu berechnet und können daher von den Schätzwerten früherer Prognosen im Rahmen statistischer Toleranzen leicht abweichen.

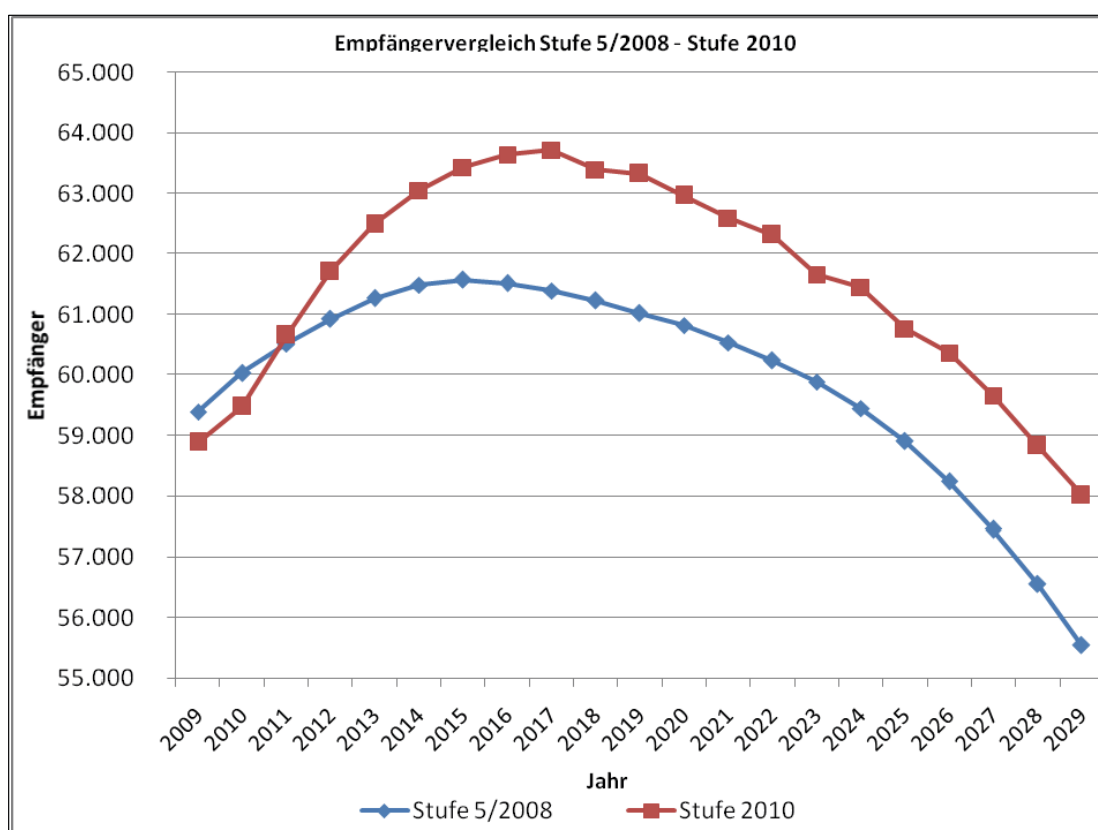
Die in 2010 abgebildeten höheren Versorgungsausgaben gehen auf die zum 1. März 2009 und 1. März 2010 wirksam gewordenen Tarifierhöhungen sowie Besoldungs- und Versorgungsanpassungen zurück.

Der Vergleich der Prognose Stufe 5/2008 mit der Prognose Stufe 2010 zeigt, dass sich der Zeitpunkt, zu dem die höchste Empfängerzahl zu erwarten ist, um zwei Jahre von 2015 auf 2017 verschiebt. Maßgebliche Ursache hierfür dürfte die Anhebung der Regelaltersgrenze (vgl. Ziffer 3.1) sein.

Bei den Ausgaben dagegen ist nach der aktuellen Prognose der Höchststand bereits im Jahre 2021 mit 1.168 Mio. Euro und damit zwei Jahre früher zu erwarten (Höchststand zuvor 1.146 Mio. Euro im Jahre 2023).

Zur Verdeutlichung ist der Vergleich der Empfängerzahlen (Stufe 5/2008 zu Stufe 2010) in der folgenden Grafik 14 dargestellt.

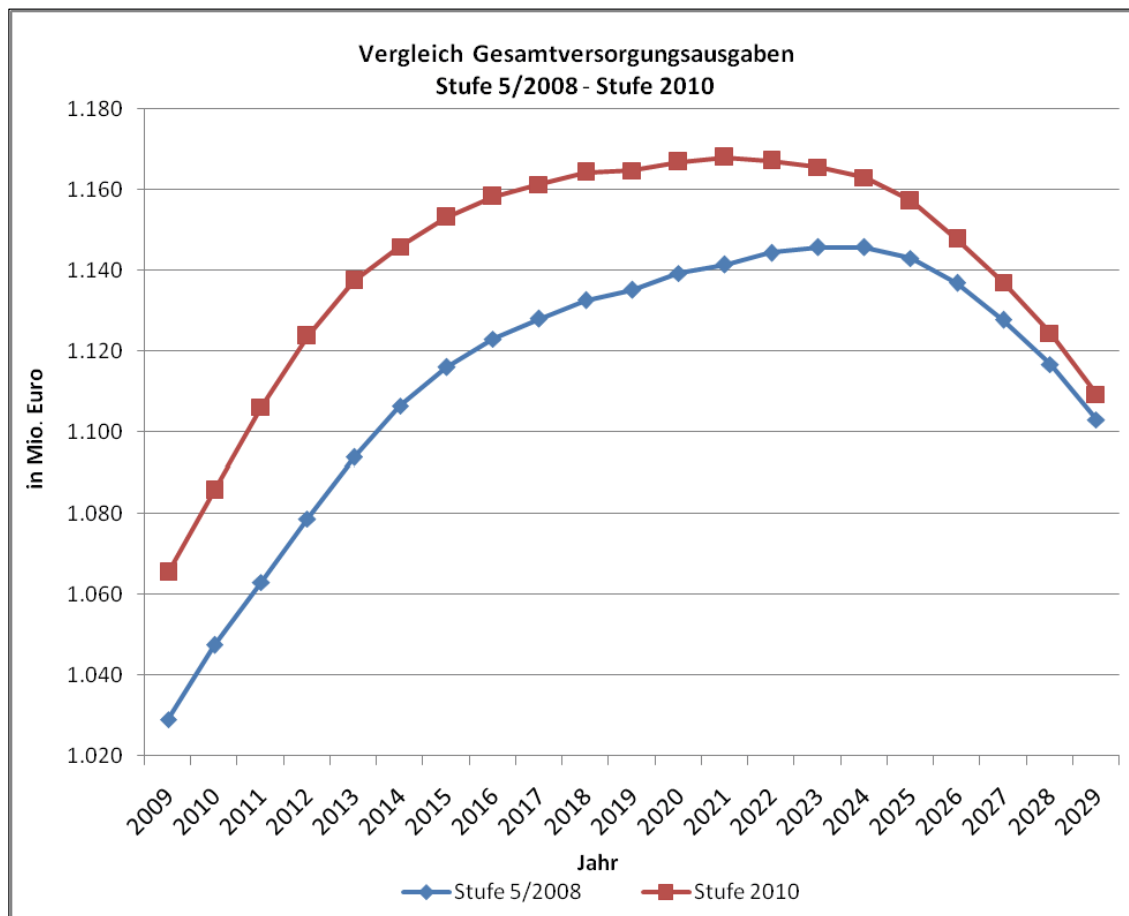
Grafik 14: Vergleich Gesamttempfängerzahlen Stufe 5/2008 – Stufe 2010



Im nachfolgenden Grafikverlauf der Gesamtversorgungsausgaben der Strukturentwicklung (Stufe 2010) sind insbesondere die linearen Anpassungen zum 1. März 2009 und

1. März 2010 erkennbar. Zum Stichtag der Datenerfassung, 1. Dezember 2009, lagen die Versorgungsausgaben dadurch über denen der Prognose Stufe 5/2008.

Grafik 15: Vergleich der Gesamtversorgungsausgaben in der Strukturentwicklung Stufe 5/2008 – Stufe 2010



6. Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen

Die Betrachtung der Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach Einzelplänen zeigt, dass derzeit gut 83 v. H. der Versorgungsausgaben auf fünf Einzelpläne entfallen: die Justizbehörde (JB – Einzelplan 2.0), die Behörde für

Schule und Berufsbildung (BSB – Einzelplan 3.1), die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF – Einzelplan 3.2), die Behörde für Inneres (BfI – Einzelplan 8.1), und die Finanzbehörde (FB – Einzelplan 9.1). Diese Behörden sind geprägt durch einen hohen Anteil an Lehrpersonal, Vollzugsbedienstete, Richterinnen und Richter sowie durch die Steuerverwaltung.

Tabelle 15: Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen in Mio. Euro

Jahr	Strukturentwicklung in Mio. Euro							%Anteil der ausgewählten Einzelpläne
	Gesamt	JB Epl 2	BSB Epl 3.1	BWF Epl 3.2	Bfl Epl 8.1	FB Epl 9.1	ausgewählte Einzelpläne gesamt	
2009	1.065	90	410	96	222	68	885	83,1
2010	1.086	91	418	99	224	69	902	83,1
2011	1.106	92	428	102	225	70	918	83,0
2012	1.124	93	439	104	226	70	931	82,9
2013	1.137	93	447	105	227	71	942	82,9
2014	1.146	93	452	105	228	71	950	82,9
2017	1.161	94	458	104	235	74	964	83,0
2018	1.164	95	456	103	239	75	968	83,1
2019	1.165	95	453	103	241	76	969	83,2
2020	1.167	97	450	102	246	77	972	83,3
2021	1.168	98	447	101	251	78	974	83,4
2023	1.166	99	439	98	260	80	976	83,7
2025	1.157	101	430	96	263	81	971	83,9
2026	1.148	102	424	94	262	82	964	84,0
2027	1.137	103	418	92	261	82	956	84,1
2028	1.124	103	411	91	259	82	946	84,1
2029	1.109	102	404	89	256	82	934	84,2

Diese fünf Einzelpläne verursachen zwar im Schnitt über den Prognosezeitraum gesehen ca. 83,4 v.H. der Versorgungsausgaben, beziehen sich aber nur auf 65,9 v.H. der Versorgungsberechtigten im Datenerfassungsjahr 2009 und 72,6 v.H. der erwarteten Versorgungsberechtigten im Endjahr des Prognosezeitraums 2029, wie die folgende Tabelle 16 zeigt. Aus dieser Tabelle lässt sich auch die Ent-

wicklung der Gesamtberechtigtenzahlen der fünf ausgewählten Einzelpläne sowie das Verhältnis, in dem sich die Empfängerzahlen dieser Einzelpläne zu der Gesamtzahl aller zu erwartenden Versorgungsberechtigten im Prognoseverlauf bis zum Jahr 2029 entwickeln werden, ershen.

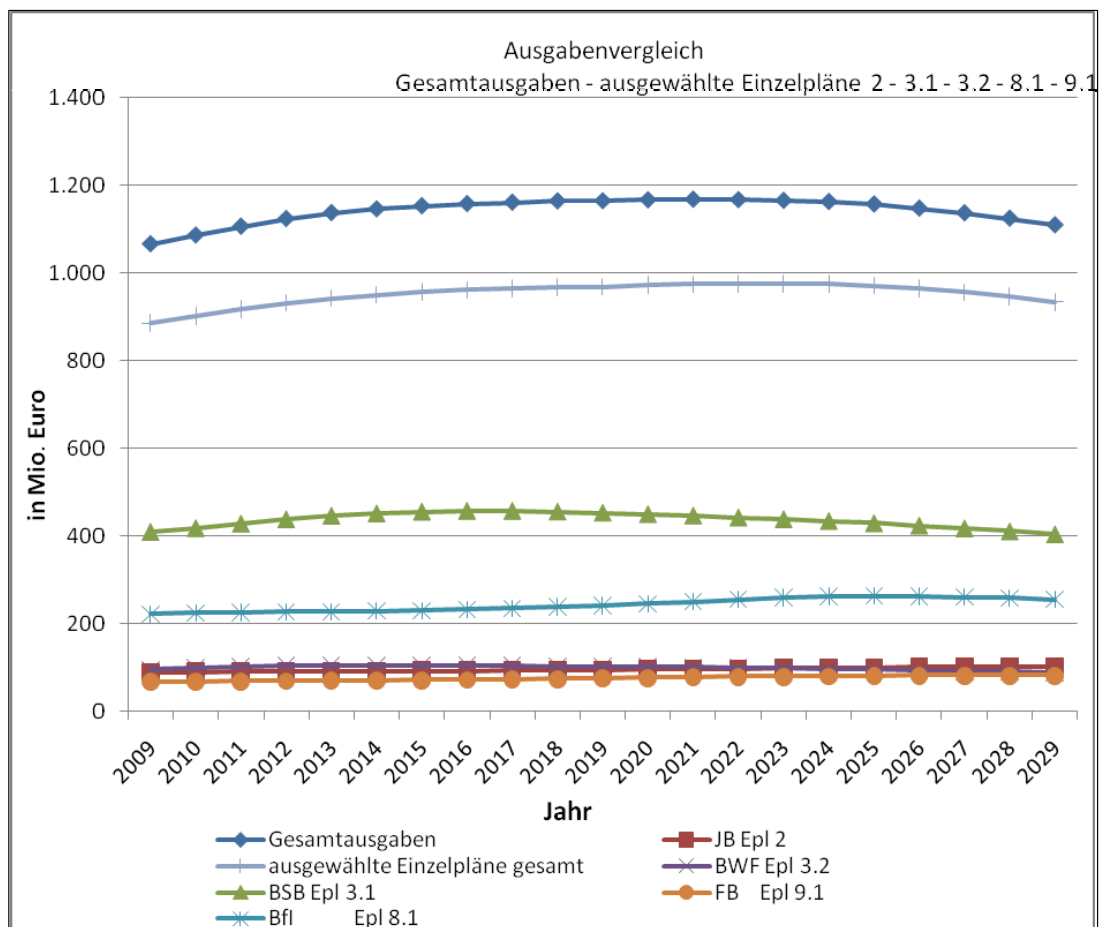
Tabelle 16: Erwartete Berechtigte (Beamten- und Zusatzversorgung)
nach ausgewählten Einzelplänen

Jahr	Versorgungsberechtigte							%Anteil der ausgewählten Einzelpläne an gesamt Be- rechtigten
	Gesamt	JB Epl 2	BSB Epl 3.1	BWF Epl 3.2	BfI Epl 8.1	FB Epl 9.1	ausgewählte Einzelpläne gesamt	
2009	58.883	4.683	14.895	4.839	10.442	3.966	38.825	65,9
2010	59.477	4.711	15.263	4.957	10.481	3.975	39.387	66,2
2011	60.654	4.765	15.890	5.122	10.554	4.026	40.357	66,5
2012	61.711	4.806	16.530	5.236	10.621	4.070	41.263	66,9
2013	62.493	4.847	17.034	5.325	10.680	4.106	41.993	67,2
2014	63.048	4.883	17.442	5.396	10.727	4.145	42.593	67,6
2017	63.716	4.946	18.048	5.509	10.907	4.243	43.654	68,5
2019	63.322	4.957	18.121	5.540	10.792	4.308	43.717	69,0
2020	62.966	4.974	18.061	5.521	10.832	4.313	43.702	69,4
2022	62.316	5.017	17.955	5.477	11.015	4.303	43.767	70,2
2023	61.660	5.000	17.806	5.422	11.098	4.255	43.580	70,7
2026	60.367	5.025	17.660	5.374	10.911	4.254	43.225	71,6
2028	58.831	4.985	17.289	5.246	10.819	4.183	42.523	72,3
2029	58.016	4.963	17.093	5.173	10.743	4.150	42.121	72,6

Nachfolgend wird die Tabelle 16 (Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen) grafisch dargestellt. Deutlich zeigt sich hier der Anteil der fünf ausgewählten Einzelpläne an den Gesamtausgaben, der im Schnitt über den Prognosezeitraum gerechnet bei

83,4 v. H. der Gesamtausgaben liegt. Gleichzeitig lässt sich aus der Grafik 16 erkennen, mit welchem Anteil die ausgewählten Einzelpläne – jeder für sich allein gesehen – an den Gesamtausgaben beteiligt sind.

Grafik 16: Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen in Mio. Euro



7. Versorgungsausgaben außerhalb des Kernhaushaltes

In den bisherigen Darstellungen der Berichterstattungen¹⁾ über die Entwicklung der Versorgungsausgaben – Bericht über Stand und Ergebnisse des Instruments zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg – sind lediglich die Versorgungsausgaben des Kernhaushalts und der § 15 LHO-Betriebe aufgeführt. Die Prognosen enthielten bisher nicht die auf den Kernhaushalt anteilig entfallenden Versorgungsausgaben der § 26 LHO-Betriebe sowie entsprechende Anteile für die ausgegliederten, rechtlich selbstständigen Einrichtungen. Hierbei handelt es sich um Versorgungsansprüche von Beschäftigten, die vormals unmittelbar bei der Freien und Hansestadt Hamburg beschäftigt waren und in dieser Zeit Versorgungsansprüche erworben haben. Die für den Zeitraum der Zugehörigkeit zum Kernhaushalt entstehenden Versorgungsausgaben für die Berechtigten der LHO-Betriebe sind in dieser Prognose erstmalig abgebildet (vgl. Ziffer 3).

7.1 Landesbetriebe nach § 26 LHO

Bei den § 26 LHO-Betrieben handelt es sich um folgende Einrichtungen:

LB Rathaus-Service,
LB Zentrum für Personaldienste (ZPD),
Landwirtschaft der Jugendanstalt Hanhöfersand,
LB Hamburger Institut für berufliche Bildung (HIBB),
LB Hamburger Volkshochschule (LHV),
LB Planetarium,
Laeiszhalle – Musikhalle Hamburg – und LB Philharmonie²⁾,
LB Erziehung und Berufsbildung (LEB),
LB Geoinformation und Vermessung,
LB Straßen, Brücken und Gewässer,
LB Hamburgische Münze,
LB Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen,
LB Verkehr.

In der nachfolgenden Tabelle 17 ist der Prognoseverlauf der zu erwartenden Versorgungsberechtigten, in der darauffolgenden Grafik 17 sind die Versorgungsausgaben erfasst, soweit sie die Einrichtungen nach § 26 LHO betref-

¹⁾ zuletzt Bürgerschaftsdrucksache 19/1228

²⁾ wurde am 1. August 2009 in eine GmbH überführt

fen. Eine differenzierte Aufteilung der auf den Kernhaushalt entfallenden Versorgungsanteile und der von den § 26 LHO-Betrieben selbst zu tragenden Versorgungsanteile (m/n-teilung) war bisher nicht erfolgt und wird in der diesjährigen Prognose erstmalig dargestellt. Im Ergebnis zeigt sich, dass die auf den Kernhaushalt entfallenden Versorgungsausgaben umso geringer ausfallen, desto größer der Zeitanteil eines Beschäftigten beim § 26 LHO-Betrieb ist.

Im Datenerfassungsjahr 2009 sind insgesamt 1.445 Versorgungsberechtigte zu verzeichnen, bis zum Mitteljahr des

Prognosezeitraums 2020 wird mit 3.469 Berechtigten und im Prognoseendjahr 2029 mit 4.012 Versorgungsberechtigten zu rechnen sein. Die Entwicklung der Empfängerzahlen wird entscheidend durch das HIBB geprägt. Eine Abbildung der Entwicklung der auf die einzelnen LHO-Betriebe entfallenden Empfängerzahlen ist nach der unter Ziffer 3.2 beschriebenen Neuerung programmtechnisch noch nicht umgesetzt.

Tabelle 17: Empfängerzahlen der § 26 LHO-Betriebe

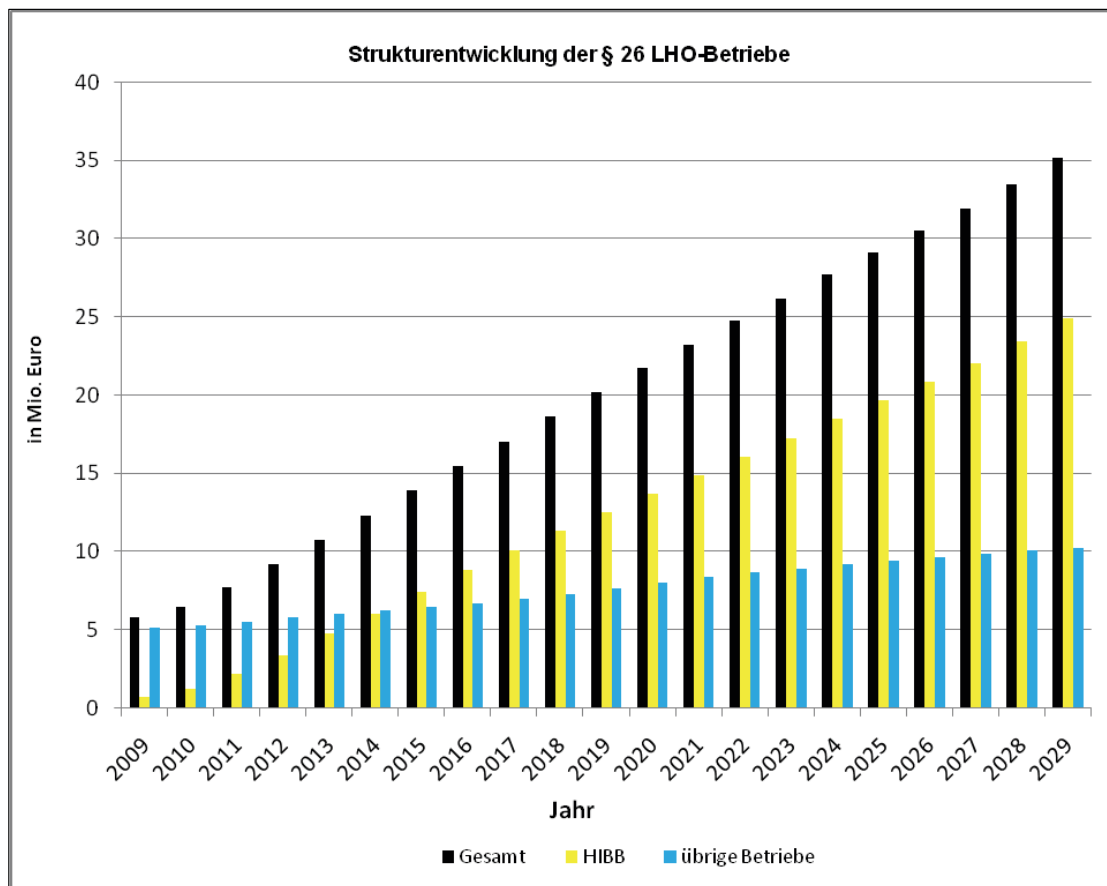
Jahr	Gesamtempfänger	Jahr	Gesamtempfänger
2009	1.445	2020	3.469
2010	1.656	2021	3.540
2011	1.956	2022	3.618
2012	2.246	2023	3.651
2013	2.485	2024	3.735
2014	2.689	2025	3.814
2015	2.864	2026	3.884
2016	3.019	2027	3.923
2017	3.153	2028	3.966
2018	3.276	2029	4.012
2019	3.390		

Dieser besondere Verlauf des Anstiegs der Empfängerzahlen bei den § 26 LHO-Betrieben ist vor allem darauf zurückzuführen, dass aktuell nur wenige Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu verzeichnen sind, während sich der weit überwiegende Teil noch im aktiven Berufsleben befindet; laut Datenbank 5.777 Personen.

Auch an dieser Stelle zeigt sich deutlich, dass die künftig aus dem Aktivbereich in den Ruhestand überwechselnden

Berechtigten den Ausgabenverlauf wesentlich beeinflussen. Die Versorgungsausgaben steigen bis zum Ende des Prognosezeitraums 2029 insgesamt stetig an; bis zum Mitteljahr des Prognosezeitraums stärker, anschließend abgeflacht. Bei den Ausgaben wird die Entwicklung vorrangig durch das HIBB beeinflusst.

Grafik 17: Versorgungsausgaben § 26 LHO-Betriebe – Strukturentwicklung



Die in der vorstehenden Grafik 17 dargestellten Versorgungsausgaben sind den § 26 LHO-Betrieben erstmalig in konkreter Höhe zugeordnet. In den vorherigen Prognosen waren die § 26 LHO-Betriebe mit den vollen Ausgaben belastet; intern erfolgte eine Zuordnung (sog. m/n-teilung) anteilig nach den Beschäftigungszeiten im Kernhaushalt und § 26 LHO-Betrieb. Durch die Weiterentwicklung des Prognoseinstruments ist der auf die § 26 LHO-Betriebe entfallende Anteil nunmehr darstellbar geworden (vgl. auch Erläuterungen zu Ziffer 3). Durch diesen Effekt erklärt sich der vermeintliche Ausgabenrückgang im Vergleich mit der Stufe 5/2008 (Drucksache 19/1228).

7.2 Rechtlich verselbständigte Einrichtungen

Ein weiterer Bereich, in dem mittelbare Ansprüche (Garantiezusagen der Freien und Hansestadt Hamburg für Versorgungsleistungen) bestehen, die aber auf Grund nicht vorliegender personenbezogener Basisdaten nicht in der vorgelegten Prognose enthalten sind, betrifft die rechtlich verselbständigten Einrichtungen ehemals der Freien und Hansestadt Hamburg zugeordneter Behörden bzw. Behördenanteile. In diesen Garantieverpflichtungen sind neben den Versorgungsausgaben auch Beihilfen und andere Ansprüche abgedeckt, soweit nicht ausdrücklich auf Versorgungsausgaben abgestellt wurde.

Um diese Bereiche, und damit die künftig anfallenden Versorgungsausgaben im Blick zu behalten, wurde bei wesentlichen Einrichtungen eine Datenabfrage vorgenommen und die zugeleiteten Informationen zusammengestellt. Die von den Einrichtungen mitgeteilten Daten weichen in der Aufbereitung der Datenstrukturen und der Bandbreite der abgedeckten Zeiträume voneinander ab, da bei der rechtlichen Verselbständigung prinzipiell keine einheitlichen Vorgaben für die Form der Datenvorhaltung gemacht wurden.

Hamburger Versorgungsfonds (HVF)

- Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg Immobilien (LBK Immobilien),
- Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE),
- Hamburger Friedhöfe (HF),
- fördern & wohnen (f&w) sowie das
- Studierendenwerk (StW).

Die in den HVF einbezogenen Unternehmen werden nach Maßgabe des in dem HVF-Gesetz bestimmten Rahmens von Versorgungsverpflichtungen entlastet (§ 2 HVFG). Die für diese Bereiche anfallenden Versorgungsausgaben werden über den HVF abgebildet und sind von daher hier nicht ergänzend aufgeführt.

Dataport

Forderungen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg resultieren aus den im Staatsvertrag gewährten Ansprüchen zur Deckung von Pensionsrückstellungen für die im Rahmen der Verselbständigung übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beamten- und Tarifbereich), soweit die Versorgungsansprüche bis zum 31. Dezember 2003 erworben wurden. Sie belaufen sich per 31. Dezember 2009 auf 44,5 Mio. Euro. Die Ansprüche werden in Höhe der gedeckten anteiligen Pensionsrückstellungen ausgewiesen und jährlich versicherungsmathematisch fortgeschrieben.

Winterhuder Werkstätten (WW GmbH) und Schwestergesellschaft PIER Service & Consulting GmbH (PSC)

Im Jahresabschluss 2009 bilanziert die Freie und Hansestadt Hamburg eine Verbindlichkeit gegenüber der Winterhuder Werkstätten GmbH und deren Schwestergesellschaft in Höhe von 5,4 Mio. Euro. Grundlage dieser Verbindlichkeit ist eine Garantieerklärung seitens der Freien und Hansestadt Hamburg. Diese Garantieerklärung umfasst anteilig die von der WW GmbH gebildeten Pensionsrückstellungen für diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach Ausgliederung in die Versorgung gegangen sind oder gehen werden; darüber hinaus sind die Erstattungsverpflichtungen für ehemalige Hamburgische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zum Zeitpunkt der Ausgliederung bereits im Ruhestand waren, ebenfalls erfasst.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein (StaNord)

Mit der Errichtung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein – Anstalt des öffentlichen Rechts“ zum 1. Januar 2004 sind die ehemals beim Statistischen Landesamt Hamburg beschäftigten Beamtinnen und Beamte sowie die Arbeitsverhältnisse der ehemaligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Anstalt übergegangen.

Die 165 übergeleiteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bei Eintritt des Versorgungsfalles Anspruch auf zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach dem HmbZVG. Gemäß § 18 Absatz 4 des Staatsvertrages ist eine Verteilung vorgesehen, die sich anteilig nach den Beschäftigungszeiten in dem jeweiligen Bereich (Freie und Hansestadt Hamburg/Anstalt) richtet (m/n-Teilung).

Die Aufteilung künftiger Versorgungsausgaben für die übernommenen Beamtinnen und Beamten (31) richtet sich nach § 19 Absatz 3 des Staatsvertrages zur Errichtung des Statistikamtes Nord. Die Aufteilung der Ausgaben erfolgt auch hier anteilig nach den Beschäftigungszeiten.

Die folgende Tabelle 18 zeigt die versicherungsmathematisch berechneten Prognosen der Zahlungen auf – differenziert nach Pensions- und Ruhegeldzahlungen –, die die Freie und Hansestadt Hamburg bis zum Jahr 2014 für Versorgungsausgaben erstatten muss.

Tabelle 18: Pensionszahlungen StaNord und FH

Art der Pensions- und Ruhegeldzahlung	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Prognose				
	in Euro					
Pensionszahlungen FHH + StaNord	37.626	39.677	93.453	192.810	214.358	249.904
Ruhegeldzahlungen FHH + StaNord	112.726	148.486	184.275	211.162	220.358	231.317
Zahlungen gesamt FHH + StaNord	150.352	188.163	277.728	403.972	434.716	481.221
Anteil Pensionszahlungen FHH	35.191	37.110	80.528	160.993	178.789	207.086
Anteil Ruhegeldzahlungen FHH	99.556	128.982	155.330	174.807	180.814	187.286
Anteil Zahlungen gesamt FHH	134.747	166.092	235.859	335.801	359.603	394.372

- Die Sprünge 2010/2011 und 2011/2012 hängen mit Versetzungen in den Ruhestand von Beamten höherer Besoldungsgruppen zusammen.

Es besteht eine Garantieverpflichtung seitens der Freien und Hansestadt Hamburg bis zur Höhe von 7,752 Mio. Euro (Drucksache 17/3522); für anteilige Versorgungsausgaben sind 6,85 Mio. Euro vorgesehen.

Eichdirektion Nord (EDN)

Für die Versorgungsausgaben ehemals bei der Freien und Hansestadt Hamburg beschäftigter Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter besteht für die Stadt eine anteilige Zahlungsverpflichtung. Seit Anstaltsgründung sind 4 Beamte pensioniert worden und zwei Angestellte in die Altersrente gewechselt. Für das Jahr 2009 sind folgende Zahlungen getätigt worden:

Tabelle 19: Pensionszahlungen EDN

Art der Pensions- und Ruhegeldzahlung	2009
	Ist in Euro
Pensionszahlungen FHH + EDN 4 Beamte	118.832
Ruhegeldzahlungen FHH + EDN 5 Arbeitnehmer	22.535
Zahlungen gesamt FHH + EDN	124.641
Anteil Pensionszahlungen FHH	110.937
Anteil Ruhegeldzahlung FHH	19.828
Anteil Zahlungen gesamt FHH	115.270

Eine Prognose für die weitere Entwicklung der Versorgungsausgaben bis zum Jahr 2014 konnte von der EDN nicht getroffen werden. Die EDN hat mitgeteilt, dass aktuell noch 5 ehemalige hamburgische Beamte aktiv beschäftigt sind, von denen in den Jahren 2010, 2011 und 2015 jeweils einer die Altersgrenze für den Ruhestand erreichen wird. Inwieweit sich die Zahl der Versorgungsempfänger bereits vor Erreichen der Altersgrenzen ändern wird (Krankheit und andere Ereignisse), kann nicht abgesehen werden. Dies hätte jedoch einen grundlegenden Einfluss auf die Zahlungen.

Hamburg Port Authority (HPA)

HPA wurde zum 1. Oktober 2005 im Zuge der Zusammenführung der hafenbezogenen Zuständigkeiten verschiede-

ner Hamburger Behörden als eine Anstalt öffentlichen Rechts gegründet.

Die Ausgaben der Versorgung der übergeleiteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (791) werden anteilig im Verhältnis ihrer Beschäftigungszeiten, die sie bei der Freien und Hansestadt Hamburg und der HPA absolviert haben, aufgeteilt. Die Verteilung der Versorgungsausgaben für die ehemals bei der Freien und Hansestadt Hamburg beschäftigten Beamtinnen und Beamten (224) richtet sich nach § 81 HmbBeamtVG. Eine Aufteilung nach Pensions- und Ruhegeldzahlungen liegt für den Prognosezeitraum nicht vor.

Tabelle 20: Pensionszahlungen HPA

Art der Pensions- und Ruhegeldzahlung	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Prognose				
	in Euro					
Pensionszahlungen FHH + HPA	954.472					
Ruhegeldzahlungen FHH + HPA	97.070					
Zahlungen gesamt FHH + HPA	1.051.543	1.934.000	2.383.000	3.054.000	4.062.000	5.606.000
Anteil Pensionszahlungen FHH	889.027					
Anteil Ruhegeldzahlungen FHH						
Anteil Zahlungen gesamt FHH	889.027	1.754.000	2.113.000	2.669.000	3.496.000	4.755.000

Elbphilharmonie und Laeiszhalle Service GmbH

Der Landesbetrieb Laeiszhalle – Musikhalle Hamburg ist mit der Drucksache 19/3125 mit Wirkung zum 1. September 2009 in die Elbphilharmonie und Laeiszhalle Service GmbH (Service GmbH) überführt worden. Die Verpflichtungen für die Versorgungsleistungen der neun Tarifangestellten sind unterschiedlich geregelt. Entsprechend werden Rückstellungen gebildet bzw. zuvor gebildete Rückstellungen dem Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg“ zugeordnet. Die Verpflichtung für die Versorgungsleistungen des einzigen Beamten verbleibt bei der Freien und Hansestadt Hamburg, weil die Service GmbH hierfür einen Versorgungszuschlag entrichtet.

8. Bewertung der Prognoseergebnisse

Im Zuge der Bewertung der Prognoseergebnisse wird auf die Bedeutung linearer Anpassungen für die Ausgabenentwicklung hingewiesen; darüber hinaus wird ein Abgleich mit dem Haushaltsergebnis vorgenommen.

Im Ergebnis bestätigt die vorliegende Prognose die Tendenzen der bisherigen Prognosen der vergangenen Jahre: In den Jahren 2010 bis 2029 ist nach wie vor mit einer strukturbedingten Zunahme der Gesamtversorgungsausgaben zu rechnen, deren Höchststand im Jahr 2021 zu erwarten ist.

8.1 Lineare Anpassungen

Auch in der vorliegenden Prognose Stufe 2010 ist zu erkennen, welche Bedeutung lineare Erhöhungen und Erhöhungen der Berechnungsbasis – hier insbesondere die Anpassungen in den Jahren 2009 und 2010 – für die Ausgabenentwicklung haben. Sie verstärken die ohnehin vorhandenen strukturellen Effekte, die für sich genommen schon einen erheblichen Ausgabenanstieg bedingen. Dieser Effekt kann jedoch auch in Zukunft nicht dazu führen, gänzlich auf Anpassungen zu verzichten. Beamtinnen und Beamte, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger haben einen Anspruch darauf, an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung teilzuhaben. In diesem Zusammenhang wird es auch künftig besonders darauf ankommen, sowohl die Ansprüche der Besoldungs- und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger als auch die Belastbarkeit der öffentlichen Haushalte in einer Balance zu halten; eine Verschiebung linearer Anpassun-

gen wird gegebenenfalls auch künftig als eine Möglichkeit zur Ausgabendämpfung im Blickfeld zu halten sein.

Die besondere Beachtung von linearen Erhöhungen ist wegen der mit ihnen verbundenen Struktureffekte entscheidend, da sie – im Gegensatz zu Einmalzahlungen – zu einer dauerhaften Anhebung der Berechnungsbasis führen. Durch das VersÄndG 2001 – bzw. seit dem 1. Februar 2010 durch §16 Absatz 6 HmbBeamtVG – ist der Abbau von Versorgungsausgaben durch die Absenkung des Höchstruhegehaltssatzes von 75 v.H. auf 71,75 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge an lineare Erhöhungen gekoppelt. Mit der linearen Erhöhung zum 1. März 2010 erfolgte der sechste von acht Schritten, sodass der rechnerische Höchstruhegehaltssatz zurzeit bei 72,56 v.H. liegt und dieser mit der nächsten Anpassung auf 72,16 v.H. abgesenkt wird.

8.2 Auswirkungen der Anhebung der Altersgrenzen

Die stufenweise Anhebung der Altersgrenzen ab dem Jahr 2012 wirkt sich vermindern auf die Entwicklung der Empfängerzahlen und kostendämpfend auf die Versorgungsausgaben aus (vgl. Ziffer 3.1).

8.3 Haushalts-Ist

Beim Vergleich der Prognoseergebnisse mit dem Haushalt sind immer die unterschiedliche Berechnungsgrundlage und -methodik zu berücksichtigen. Die Daten der Versorgungsprognose beziehen sich auf den Kernhaushalt und auf die Landesbetriebe, die keine Pensionsrückstellungen bilden müssen; außerdem sind beispielsweise die Betriebsrenten nach dem BetrAVG nicht erfasst. Der Haushalt erfasst weitergehende Risiken wie z.B. die Zahlung von Versorgungskosten an andere Länder nach §107b BeamtVG, Aufwendungen für die anteilige Erstattung von Versorgungskosten an öffentliche Unternehmen auf Grund gesetzlicher Regelung oder vertraglicher Vereinbarung.

Für die Prognose sind die anonymisierten personenbezogenen Daten zum Stichtag 1. Dezember 2009 erhoben worden. Schwankungen im Personenbestand vor und nach dem Stichtag sind demzufolge in der Prognose nicht berücksichtigt. Das Haushalts-Ist wird über den gesamten Jahreszeitraum 2009 berechnet; dies führt im Ergebnis zu geringfügigen Abweichungen gegenüber der Versorgungsprognose.

Tabelle 20: Vergleich Prognose Stichtag 1. Dezember 2009 – Haushaltsergebnis 2009

Statusgruppe	Prognosestichtag 1.12.2009		Haushaltsergebnis 2009
Beamtenversorgung	mit § 26 LHO	954,0 Mio. Euro	947,2 Mio. Euro
	ohne § 26 LHO	952,5 Mio. Euro	
Zusatzversorgung	mit § 26 LHO	117,3 Mio. Euro	115,5 Mio. Euro
	ohne § 26 LHO	113,0 Mio. Euro	

9. Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben

Die Sicherung künftiger Versorgungsausgaben bleibt nach wie vor eine wichtige Aufgabe für alle Alterssicherungssysteme. Zur Dämpfung des Ausgabenanstiegs sind bereits seit 1992 Maßnahmen ergriffen worden, die die Einschnitte in die Rentenversicherung wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen haben. Mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666 – VReformG) ist die Bildung von Versorgungsrücklagen bei Bund und Ländern vorgeschrieben worden, die im Wege verminderter Bezügeanpassungen von Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfängern aufgebracht werden. Damit sind erstmals Elemente der Kapitaldeckung in die Beamtenversorgung einbezogen worden. Dieser Weg wurde durch das VersÄndG 2001 fortgeführt.

Im Jahr 1999 hat Hamburg mit dem Aufbau von Sondervermögen begonnen. Auf Grund gesetzlicher Verpflichtung durch Artikel 5 des VReformG ist mit der Bildung einer Versorgungsrücklage aus der Verminderung linearer Anpassungen gemäß § 14a BBesG – seit 1. Februar 2010 § 18 HmbBesG – begonnen worden. Für den Tarifbereich wurde das Sondervermögen Zusatzversorgung eingerichtet, das aus den Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gespeist wird. Darüber hinaus wurde im Jahr 2000 ein zusätzlicher Versorgungsfonds gebildet, in den die Versorgungszuschläge, die Hamburg bei Beurlaubungen von Beschäftigten im öffentlichen Interesse von Dritten erhebt, sowie der Liquiditätsgewinn fließen, der sich jährlich aus der Verbeamtung (im Jahr 2000) von 1.100 zuvor angestellten Lehrkräften ergibt.

Die Wertpapierbestände der nachfolgend aufgeführten Sondervermögen sind als Nominalvolumina mit dem Jahresabschluss 2009 ausgewiesen.

9.1 Versorgungsrücklage nach § 18 HmbBesG

Gemäß dem Gesetz über eine Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg (HmbVersRücklG) vom 30. November 1999 hat die Freie und Hansestadt Hamburg eine Versorgungsrücklage für die Beamtenversorgung gebildet. Sie ist in der Zeit von 1999 bis 2002 aus einer Verminderung der linearen Anpassungen um je 0,2 v. H. – insgesamt 0,6 v. H. – gespeist worden. Während der acht ab dem 1. Januar 2003 folgenden linearen Anpassungen, in denen das Versorgungsniveau durch das VersÄndG 2001 abgeflacht wird, ist die weitere Verminderung der linearen Anpassungen um 0,2 v. H. ausgesetzt worden. Dafür wird in diesem Zeitraum die Hälfte der durch die Abflachung des Versorgungsniveaus erzielten Einsparungen der Versorgungsrücklage zugeführt; weiterhin wird jährlich die Zuführung in der bisherigen Höhe von 0,6 v. H. geleistet.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Versorgungsrücklagegesetzes vom 2. Juli 2003 sind die notwendigen landesrechtlichen Konsequenzen aus dem VersÄndG 2001 gezogen worden. Das Gesetz regelt die Zuführung der Mittel in die Versorgungsrücklage neu und passt den Zeitpunkt der frühestmöglichen Entnahme, nunmehr 1. Januar 2018, an den verlängerten Zuführungszeitraum an. Die Versorgungsrücklage darf nur zur Entlastung von Versorgungsausgaben für den Beamten- und Richterbereich verwendet werden und zwar schrittweise über einen Zeitraum von mehreren Jahren.

Das Volumen der Versorgungsrücklage beträgt 196,2 Mio. Euro (Jahresabschluss 2009).

9.2 Zusätzlicher Versorgungsfonds

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zur ergänzenden Finanzierung der Altersversorgung seiner Beschäftigten neben der Versorgungsrücklage weitere Maßnahmen getroffen und durch das Gesetz über einen zusätzlichen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Versorgungsfondsgesetz – HmbVersFondsG) vom 19. Dezember 2000 ein Sondervermögen gebildet. Die Entnahme der Mittel ist zweckgebunden und kann erst ab dem Jahr 2010 nach Maßgabe des Haushaltsplans erfolgen. Die Rücklage wird ab dem 1. Januar 2000 aus den jährlichen Zuführungen und den daraus erzielten Beträgen gebildet. Die Höhe der Zuführungen bestimmt sich

- nach den Beträgen, die als Versorgungszuschläge von Dritten vereinnahmt werden,
- nach dem Liquiditätsgewinn, der sich jährlich aus der Verbeamtung (im Jahr 2000) von 1.100 zuvor angestellten Lehrerinnen und Lehrern ergibt (festgelegt auf 5.113 Tsd. Euro),
- nach den Beträgen von aufgelösten Pensionsrückstellungen aus Landesbetrieben nach § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie
- nach weiteren Beträgen, die von der Bürgerschaft mit dem jeweiligen Haushaltsplan gesondert festgesetzt werden.

Das Volumen des Versorgungsfonds beträgt 97,3 Mio. Euro (Jahresabschluss 2009).

9.3 Sondervermögen Zusatzversorgung

Auf Grund des Gesetzes zur Änderung ruhegeldrechtlicher Vorschriften leisten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg seit dem 1. August 1999 monatlich einen Beitrag in Höhe von 1,25 v. H. ihres steuerpflichtigen Bruttoarbeitsentgelts zu den Versorgungsausgaben. Diese Beiträge werden dem Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg“ zugeführt, welches durch das Gesetz über das Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg“ vom 14. Juli 1999 (HmbGVBl. S. 146) errichtet wurde. Die Mittel des Sondervermögens stehen nach Ablauf der fünfjährigen Sperrfrist seit Juli 2004 kontinuierlich zur Entlastung des Haushalts für Zusatzversorgungsausgaben zur Verfügung. Die Entnahmehöhe legt der Beirat bei dem Sondervermögen „Zusatzversorgung“ durch Beschluss fest.

Das Volumen des Sondervermögens Zusatzversorgung beträgt 68,3 Mio. Euro (Jahresabschluss 2009).

B.

Schlussbetrachtung

Mit der vorliegenden Prognose Stufe 2010 bestätigt sich der bisherige Trend der von Prof. Dr. Pfeifer in den letzten Jahren erstellten Prognosen weiter. Die Versorgungsausgaben werden in den kommenden Jahren strukturell bedingt steigen. Dies ist insbesondere Folge der Einstellungspraxis in den Jahren zwischen 1960 und 1980.

Auf diese Entwicklung wurde bereits seit Ende der 1990er Jahre seitens des Gesetzgebers reagiert. Folgende Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben:

- Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 25. Mai 1999 wurde in Hamburg die allge-

meine Antragsaltersgrenze auf die Vollendung des 63. Lebensjahres angehoben.

- Für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, die wegen Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenze für Schwerbehinderte oder wegen Dienstunfähigkeit (außer auf Grund von Dienstunfällen) vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden, wurde mit dem (Bundes-)Gesetz zur Neuordnung der Versorgungsabschlüsse vom 19. Dezember 2000 ein Versorgungsabschlag eingeführt.
 - Auch mit dem Fünften Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, das am 6. Februar 2001 in Kraft getreten ist, wurden Maßnahmen zur Senkung der Versorgungsausgaben ergriffen. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Einführung der begrenzten Dienstfähigkeit, mit welcher der Grundsatz „Rehabilitation vor Versorgung“ gestärkt wurde.
 - Durch das Versorgungsänderungsgesetz vom 20. Dezember 2001 wurde die stufenweise Absenkung des Höchstversorgungssatzes von 75 v.H. auf 71,75 v.H. eingeleitet.
 - Mit dem Hamburgischen Gesetz über die Gewährung jährlicher Sonderzahlungen vom 18. November 2003 wurde der Bemessungssatz für die Sonderzahlung von 84,29 v.H. auf 66 v.H. (Besoldungs- und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Besoldungsgruppen bis A 12, C 1 sowie Anwärterinnen und Anwärter) bzw. 60 v.H. (Besoldungs- und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der übrigen Besoldungsgruppen) abgesenkt.
- Auch nach der Föderalismusreform 1, durch die Hamburg u.a. die für das Besoldungs- und Beamtenversorgungsrecht der Landesbeamten- und -richterschaft die Gesetzgebungskompetenz erhalten hat, wurde dieser Weg fortgesetzt.
- Durch die Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags zu den Dienstbezügen bei begrenzter Dienstfähigkeit vom 9. Dezember 2008 (nunmehr in § 8 HmbBesG geregelt) werden die Nachteile, die im Vergleich zur sofortigen Versetzung in den Ruhestand auf Grund von Dienstunfähigkeit entstehen würden, ausgeglichen und somit der Grundsatz der Weiterverwendung gestärkt.
 - Im Rahmen der Dienstrechtsreform in Hamburg wurden zudem mit dem am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Gesetz zur Neuregelung des hamburgischen Beamtenrechts (Drucksache 19/3757; HmbGVBl. 2009, Seite 405) sowie dem am 1. Februar 2010 in Kraft getretenen Gesetz zur Neuregelung des Hamburgischen Besoldungs- und Beamtenversorgungsrechts (Drucksache 19/4246; HmbGVBl. 2010, Seite 23) eine Reihe weiterer Maßnahmen getroffen, u.a.:

- Die Regelaltersgrenze wird ab 2012 stufenweise – wie im Rentenrecht – von 65 Jahren auf die Vollendung des 67. Lebensjahres und die Antragsaltersgrenze für Schwerbehinderte von 60 Jahren auf die Vollendung des 62. Lebensjahres – angehoben.
- Der Ruhestand beginnt gemäß § 45 Absatz 3 Satz 1 Hamburgisches Beamtenengesetz nunmehr grundsätzlich mit dem Ende des Monats, in dem die Verfügung über die Versetzung in den Ruhestand zugestellt worden ist. Ein späterer Ruhestandseintritt bei Frühpensionierungen erfolgt demnach nicht mehr.
- Die versorgungsrechtlichen Folgeregelungen zur ab 2012 einsetzenden stufenweisen Anhebung der Regelaltersgrenze sowie Antragsaltersgrenze für Schwerbehinderte sind getroffen worden. Dabei führen die versorgungsrechtlichen Regelungen bei Inanspruchnahme der bei der Vollendung des 63. Lebensjahres verbleibenden allgemeinen Antragsaltersgrenze künftig zu einem maximalen Versorgungsabschlag in Höhe von 14,4 v.H.

- Die stufenweise Absenkung des Höchstversorgungssatzes (seit dem 1. März 2010 beträgt dieser 72,56 v.H.) auf 71,75 v.H. wird fortgesetzt und für Neufälle auf den Bereich der Unfallversorgung ausgedehnt.
- Die als ruhegehaltfähige Dienstzeit anzuerkennende Hochschulausbildungszeit wird stufenweise von drei Jahren auf rund 2 Jahre und 4 Monate gekürzt.
- Der einmalige Ausgleichsbetrag bei den besonderen Altersgrenzen des Vollzugsdienstes und der Fachrichtung Feuerwehr in Höhe von maximal 4.091 Euro ist mit Ablauf des Jahres 2010 abgeschafft.

Mit dem hamburgischen Gesetz zur Neuordnung des Zusatzversorgungsrechts vom 2. Juli 2003 wurde die Gesamtversorgung nach dem Ersten Ruhegeldgesetz (1. RGG) geschlossen. Anwartschaften und Ansprüche aus dem 1. RGG sind in das 2. RGG, bei gleichzeitiger Umbenennung in Hamburgisches Zusatzversorgungsgesetz (HmbZVG), überführt worden. Dadurch werden sich Einsparungen ergeben. Die Anhebung der Regelaltersgrenze im Rentenrecht überträgt sich unmittelbar auf das HmbZVG. Gleiches gilt auch für die Abschlüsse im Falle der vorzeitigen Inanspruchnahme der Altersversorgung.

Der Rechnungshof hat sich zuletzt in seinem Ergebnisbericht 2010 mit der Begrenzung der Versorgungsausgaben befasst (Drucksache 19/6169). In der als Teil der Drucksache beigefügten Pressemitteilung weist er zu dieser Thematik darauf hin, dass die getroffenen Maßnahmen „zu erheblichen Einsparungen führen, so beispielsweise die Anhebung der Altersgrenze (...) und die neuen Beschränkungen bei der Anerkennung von Hochschulausbildungszeiten“.

In diesem Kontext ist auch der zum 1. Januar 2011 in Kraft tretende „Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln“, der in Hamburg auch für landesinterne Wechsel Anwendung finden wird (HmbGVBl. 2010, S. 425), von Bedeutung. Damit wird auch nach der Föderalismusreform 1 bei entsprechenden Wechseln eine Beteiligung verschiedener Dienstherren an den Versorgungskosten gewährleistet. Dabei ist es gelungen, den Anwendungsbereich des bislang bundeseinheitlich fortgeltenden § 107b BeamtVG im Sinne einer möglichst umfassenden verursachungsgerechten Zuordnung der Kosten deutlich auszuweiten.

Als weitere Maßnahme beabsichtigt der Senat, ab 2011 die Sonderzahlungen für die Beamten- und Richterschaft u.a. wie folgt zu ändern:

Anstelle der aktuellen 66 bzw. 60 v.H. der Dezemberdienstbezüge soll als sog. Weihnachtsgeld künftig sozial gestaffelt für die Besoldungsgruppen A 4–A 8 ein Festbetrag in Höhe von 840 Euro (Teilzeitkräfte anteilig) und für die Besoldungsgruppen A 9–A 12 und C 1 ein Festbetrag in Höhe von 710 Euro (Teilzeitkräfte anteilig) gewährt werden; für höhere Besoldungsgruppen wird die Sonderzahlung dann – mit Ausnahme des Sonderbetrages für Kinder (siehe unten) – ganz entfallen. Der bestehende Sonderbetrag für Kinder soll für alle Besoldungsgruppen von derzeit 25,56 Euro pro Kind auf 50 Euro pro Kind angehoben werden. Versorgungsempfängerinnen und -empfänger aus den genannten Besoldungsgruppen würden die Festbeträge (Weihnachtsgeld) dann entsprechend ihrem jeweiligen Ruhegehaltssatz und gegebenenfalls dem Anteilssatz in der Hinterbliebenenversorgung sowie den Sonderbetrag für Kinder erhalten.

Dennoch werden die Versorgungsausgaben in den kommenden Jahren strukturell bedingt steigen. Der verfassungsrechtliche Spielraum für weitere Maßnahmen ist eng begrenzt.

Insbesondere hat das Bundesverfassungsgericht klar zum Ausdruck gebracht, dass allein die Begrenzung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte – also allein fiskalische Erwägungen – für sich genommen keine ausreichende Legitimation für eine Kürzung der Altersversorgung der Beamten- und Richterschaft ist (BVerfG, Urt. v. 27. September 2005). Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung können in diesem Zusammenhang nur herangezogen werden, soweit dies mit den strukturellen Unterschieden der Versorgungssysteme verein-

bar ist. Die weitere Entwicklung im gesetzlichen Rentenrecht wird daher zu beobachten und im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Beamtenversorgungsrecht zu prüfen sein.

C.

Petitum

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle Kenntnis nehmen.